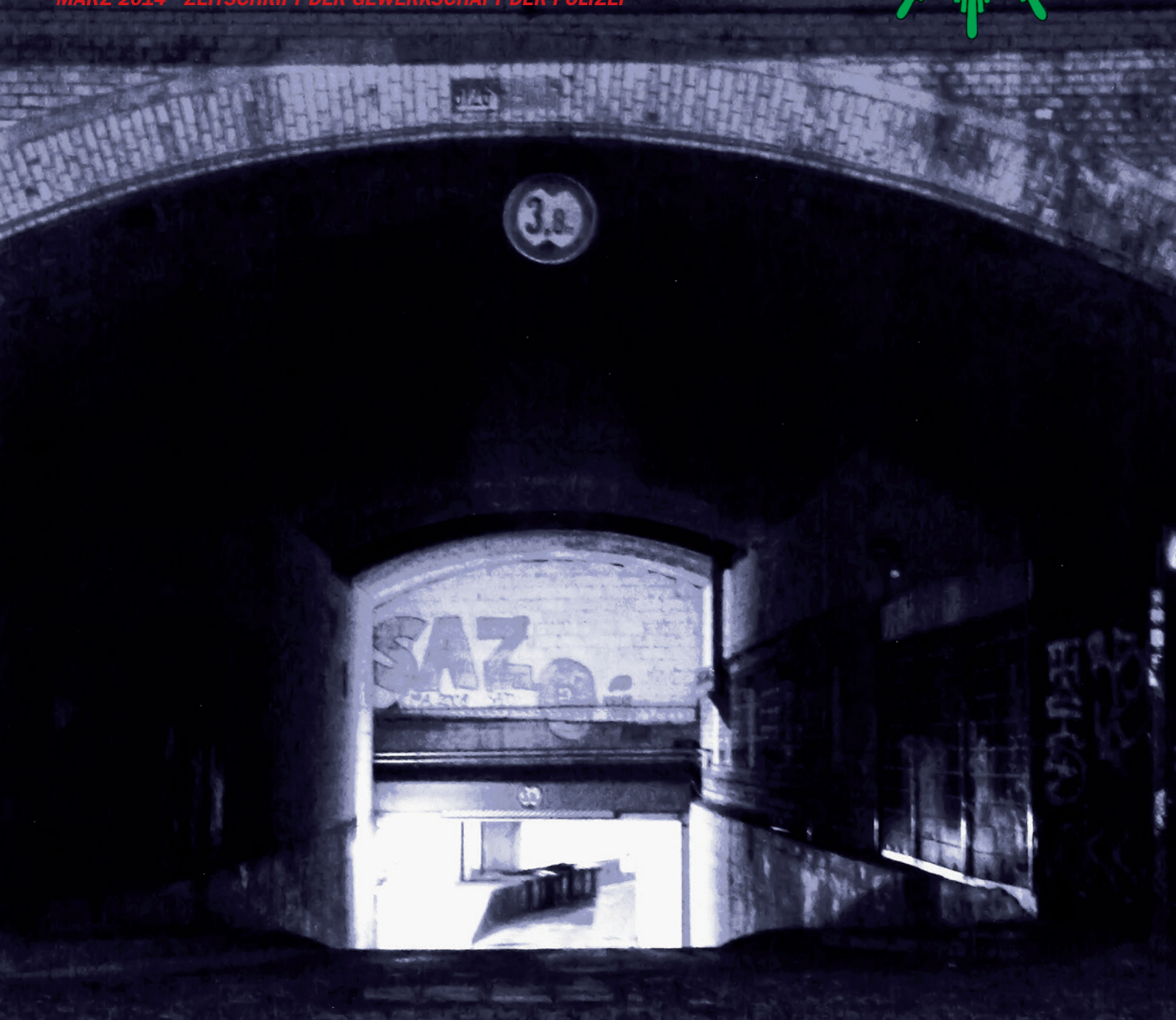


DEUTSCHE
POLIZEI

MÄRZ 2014 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



Angst Raum Stadt

STEUERFIBEL

Das Steuer-Spar-Buch für alle Polizeiangehörigen

Von **M. Brenning** und **H. R. Henning**



Format: DIN A 5 Broschur

Umfang: 260 Seiten

Preis: 10,15 € [D]

Die Steuererklärung – eine lästige Aufgabe, der man aber gerne nachkommt, wenn es sich am Ende „auszahlt“.

Eine unverzichtbare Hilfe ist hier die Steuerfibel für Polizeibeamte. Sie ist speziell auf die Probleme zugeschnitten, mit denen Polizeiangehörige immer wieder konfrontiert werden. Der Leser findet hier neben einer programmierten Anleitung zum Erstellen des Lohnsteuer-Jahresausgleichs und der Einkommensteuer-Erklärung über 500 Tipps und Tricks, Quellenangaben und Fundstellen, Beispiele und Urteile, die sich am im wahrsten Sinne des Wortes schnell „bezahlt“ machen.



33. Auflage 2012/2013

Steuerfibel + CD-ROM

Paketpreis: 19,80 € [D]

Steuerbookware für den Polizeibereich (Paketangebot)

Die Steuerfibel für den Polizeidienst inklusive Steuer-Software auf CD-ROM (Für Windows XP/Vista/7/8) Wenn Sie schon vorher wissen möchten, was „Vater Staat“ an Sie zurückzahlt – die Steuerbookware ist die richtige Lösung!

DIE AUTOREN

Michael Brenning, Diplom-Betriebswirt (FH), Steuerberater. Als Finanzbeamter sieben Jahre in verschiedenen Ressorts der Finanzverwaltung tätig; Studium an der Fachhochschule Mainz. Fünf Jahre Leiter einer Steuerabteilung in einem Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsbüro. Seit 1.11.1990 Niederlassung als Steuerberater.

Dr. Heribert R. Brenning M.A., Industriekaufmann, Verwaltungsangestellter, Geisteswissenschaftliches Hochschulstudium.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseprobe und Bestellmöglichkeit unter: www.VDPolizei.de

FRAUENGRUPPE



Foto: Peter Ludwig

Die GdP-Frauen begrüßen ihr 40.000 Mitglied. Und es ist eine Bundespolizistin, wie Erika Krause-Schöne aus dem Geschäftsführenden GdP-Bundesfrauenvorstand verrät. ...

Seite 15

ARBEITZUFRIEDENHEIT



Foto: Karl-Heinz Spumberg/CHROMORAN/opa

... Wie aber genau messe ich Arbeitszufriedenheit? Prinzipiell wird am Arbeitsplatz ein ständiger Abgleich zwischen Soll und Ist vorgenommen. Weicht das Ist deutlich vom Soll ab, ergibt sich eine Diskrepanz. ...

Seite 21

ANSCHEINSWAFFEN



Foto: Wolfgang Dicke

... Bis zur Sicherstellung der Waffe auf dem Bahnsteig konnten die Beamten, unter denen sich qualifizierte Schießtrainer befanden, nicht zweifelsfrei feststellen, dass es sich lediglich um ein Imitat handelte. ...

Seite 29

- 2 **TARIFRUNDE 2014** Polizei erwartet deutliche Einkommenssteigerung
- 3 **GdP-VERANSTALTUNG** „Jeder vierte Übergriff aus politischen Gründen“
- 4 **TITEL/SICHERHEIT** Angst-Räume machen unsicher – Deshalb: Mehr Polizei auf die Straße und Alkoholverbote in der Öffentlichkeit
- 12 **FORUM** „Warum bleiben viele Kritiker anonym?“
NRW-Innenminister verurteilt generell mangelnden Respekt gegenüber Polizei
- 15 **FRAUENGRUPPE** GdP-Frauengruppe begrüßt ihr 40.000 Mitglied
- 16 Bundesfrauenvorstand zu Gast beim „Alten Fritz“
- 18 **GEDANKEN** Ethik boomt
- 21 **FÜHRUNG** In Arbeitszufriedenheit investieren
- 27 **BFA BEREITSCHAFTSPOLIZEI TOP 1: Hamburger Krawalle**
GdP-HANDOUTS Neuer Service – nicht nur für Smartphone-Besitzer
- 29 **WAFFENRECHT** Hoffnungslos: Verbot von Anscheinswaffen
- 31 **POSITION** GdP-Chef thematisiert privaten Waffenbesitz in „Süddeutscher Zeitung“
- 35 **ARBEITSSCHUTZ** DocStop – gelungenes Duett im Arbeits- und Gesundheitsschutz
- 36 **ROMANCE SCAMMING** Schatzi, schick mir 'n paar Scheine ...
- 37 **BUNDESKONGRESSTICKER**
- 37 **TIPP** Offenes Motorradtreffen
- 37 **TAUSCHBÖRSEN**
- 38 **JUNGE GRUPPE (GdP)**
- 40 **BÜCHER/IMPRESSUM**



Tarifrunde 2014

Polizei erwartet deutliche Einkommenssteigerung

Die Beschäftigten der Polizei bei Bund und Kommunen erwarten von den Mitte März beginnenden Tarifverhandlungen eine deutliche Einkommenssteigerung. „Die Beschäftigten bei der Polizei haben es verdient, dass sich die gute wirtschaftliche Situation in Deutschland auch auf ihre Gehälter niederschlägt und ihr täglicher Einsatz für die innere Sicherheit in

zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger/innen des Bundes übertragen werden.

- Anhebung der Auszubildendenvergütung um 100 Euro und verbindliche Regelungen zur unbefristeten Übernahme nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung

ben. Schon jetzt zeigen die rückläufigen Zahlen geeigneter Bewerbungen bei der Polizei, dass der Nachwuchs sich hin zu besseren Perspektiven in der freien Wirtschaft orientiert.“

Die geforderten Entgelterhöhungen haben beispielsweise folgende Wirkungen:

EG 3 Stufe 3: 8,35 % = 178,22 Euro
EG 5 Stufe 3: 7,94 % = 185,09 Euro
EG 7 Stufe 5: 7,31 % = 198,62 Euro
EG 9 Stufe 5: 6,46 % = 225,88 Euro

Die gemeinsam mit ver.di und der GEW geführten Verhandlungen mit Bund und Kommunen beginnen am 13. März in Potsdam. Sollten die Arbeitgeber kein verhandlungsfähiges Angebot vorlegen, haben die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes angekündigt, dass sie die Beschäftigten zu Warnstreiks aufrufen werden. **hol/kör**

< GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow
inmitten der ver.di-Tarifkommission

Fotos: Holecek



Deutschland anerkannt wird. Ohne die Tarifbeschäftigten ist die Aufgabe, die innere Sicherheit in Deutschland zu gewährleisten, nicht zu erfüllen,“ sagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, am 11. Februar auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit ver.di, GEW und dbb Tarifunion.

Die GdP, so kündigte er an, werde sich in den Verhandlungen nachdrücklich für eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten bei Bund und Kommunen sowie die Versorgungsempfänger einsetzen. Malchow: „Der öffentliche Dienst insgesamt leistet gute Arbeit. Wir lassen uns nicht spalten.“

Das sind die Forderungen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes für die Tarifrunde 2014 mit Bund und Verband Kommunaler Arbeitgeber (VKA):

- Die Tabellenentgelte des TVöD werden um einen Grundbetrag von 100 Euro sowie um 3,5 Prozent erhöht.
- Die Laufzeit soll 12 Monate nicht übersteigen.
- 30 Urlaubstage für alle.
- Das Verhandlungsergebnis soll



(v. r.) GdP-Chef Oliver Malchow; Willi Russ, Fachvorstand Tarifpolitik und Vize-dbb-Vorsitzender; dbb-Vorsitzender Klaus Dauderstädt, ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske und Achim Meerkamp, ver.di-Bundesvorstand. Foto: Holecek

Die Polizei-Beschäftigten wüssten sehr wohl, dass beim Bund hohe Steuereinnahmen die Kasse klingeln lassen und auch in den Städten und Gemeinden die gute Wirtschaftslage für solide Gewerbesteuererinnahmen sorgt. Malchow: „Die öffentlichen Arbeitgeber müssen davon jetzt ein anständiges Stück an ihre Beschäftigten weiterge-

QR-Code: Mehr zur
Tarifrunde 2014 auf
gdp.de und GdP-App



„Jeder vierte Übergriff aus politischen Gründen“

GdP diskutiert über Gewaltexzesse in Hamburg

Eineinhalb Monate nach den schweren Auseinandersetzungen im Hamburger Schanzenviertel sitzen Politiker, Wissenschaftler und Polizisten dicht gedrängt im Polizeipräsidium der Hansestadt. Bei der GdP-Tagung „Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten“ geht es um die Aufarbeitung der Ausschreitungen, die bundesweit Ende Dezember für Schlagzeilen gesorgt hatten.

Hamburgs Innensenator Michael Neumann äußerte sich fassungslos über die sinnlose Gewalt gegen Polizisten. Diese sei nicht hinnehmbar, „jedoch leider ein tagtägliches Phänomen“, sagte er Anfang Februar bei der vom GdP-Landesbezirk Hamburg organisierten öffentlichen Veranstaltung.

Der Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts (KFN) Niedersachsen, Prof. Dr. Christian Pfeiffer, betonte: „Wir sehen mit Sorge aus unseren Daten, dass wir bei einer insgesamt sta-



(v. l.) Im angeregten Gedankenaustausch vor Veranstaltungsbeginn: GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow, Hamburgs Innensenator Michael Neumann und Wolfgang Kopitzsch, Hamburger Polizeipräsident. Foto: Holececk



Pfeiffer: Staat soll Flagge zeigen bei besserem Schutz der Polizei gegen Gewaltangriffe. Foto: Holececk

Diskussion darauf, dass Polizistinnen und Polizisten häufig Leidtragende einer Politik seien, die das Konfliktpotential nicht rechtzeitig erkannt habe. Aber es sei Aufgabe der Polizei, für Recht und Ordnung zu sorgen, wenn man auf politischem Weg nicht weiterkomme. „Allerdings wird für meine Kolleginnen und Kollegen eine rechtswidrige Situation umso problematischer, je länger sie von der Politik geduldet wurde.“ Doch nicht nur in Hamburg würden zunehmend zielgerichtete Attacken auf Einsatzkräfte registriert. Malchow: „Mit Sorge verfolgt die GdP diese sich abzeichnende Eskalation der Gewalt bei alltäglichen Einsätzen.“ **Wolfgang Schönwald**

bilen Situation einen Bereich haben, der zunimmt, die Gewalt gegen Polizeibeamte aus staatsfeindlichen Einstellungen. Bei Demonstrationen wird das besonders deutlich, aber manchmal auch bei Festnahmen im Bereich der Migration. Da treten Menschen der Polizei entgegen, die prinzipiell was gegen Uniformierte haben und dagegen, dass der Staat seine Regeln, wenn es nicht anders geht, auch mit Gewalt durchsetzen muss.“

Laut Pfeiffer nahmen die politisch motivierten Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten deutlich zu. Nach Erhebungen seines Instituts erfolge inzwischen jeder vierte Angriff aus politischen Gründen. Angesichts dieser Entwicklung unterstrich Pfeiffer: „Da hat sich in Großstädten eine Szene ergeben, wo man schon darüber nachdenken muss, was dagegen zu unternehmen ist.“ Der KFN-Chef unterstützte ausdrücklich die GdP-Forderung, nach der „die Körperverletzung gegen einen Polizeibeamten härter bestraft wird als die gegen einen Normalbürger. Der Polizist gerät ja nicht in eine Auseinandersetzung, weil er angetrunken ist und irgendwie von Emotionen überrannt wird. Er hat einen Job, muss seinen Kopf hinhalten und ist dienstlich verpflichtet, Dinge zu unterbinden oder Leute festzunehmen.“

Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow verwies in der



Intensive Wortwechsel zu Ausschreitungen bei abschließender Podiumsdiskussion Foto: Ray Goebeler/GdP-Hamburg

Angst-Räume machen unsicher Deshalb: Mehr Polizei auf die Straße und Alkoholverbote in der Öffentlichkeit

Positionspapier der Gewerkschaft der Polizei und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Abendliche Trinkgelage auf Spielplätzen, verdreckte Grünanlagen, grölende und pöbelnde Jugendliche in Wohngebieten, demolierte Telefonzellen und beschmierte öffentliche Verkehrsmittel. An immer mehr Orten größerer deutscher Städte nehmen Verwahrlosung und Vandalismus offenbar zu, fühlen sich die Bewohner unsicher und versuchen, diese Bereiche vor allem in der Dunkelheit zu meiden. Deshalb schlägt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) angesichts der Personalsituation Alarm. „Es gibt Zonen in unseren Städten, in denen sich die Bürger völlig zu Recht nicht mehr sicher fühlen“, räumte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ unmittelbar vor der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) Ende Januar in Berlin ein. Deshalb fordern beide großen Organisationen mehr Präsenz der Polizei auf den Straßen, verstärkte Videoüberwachung, Alkoholverbote in der Öffentlichkeit und einen besseren Schutz von Sicherheits- und Rettungskräften vor zunehmenden Attacken von Schlägern.

In einem vor zahlreichen Journalisten vorgestellten Positionspapier in der Bundespressekonferenz wird darauf verwiesen, dass für ihre Bürgerinnen und Bürger das Sicherheitsgefühl wie auch die Sicherheitslage, Fragen der Lebensqualität seien. „Den Bürger verunsichert nicht nur das spektakuläre Verbrechen. Das tägliche Erlebnis von Verwahrlosung, Vandalismus und Zerstörung führt zu wachsender Kriminalitätsfurcht“, heißt es.

Die Menschen wollten in einer sicheren Stadt, in einem gewaltfreien Umfeld einkaufen und leben. Kriminalitätsfurcht habe teilweise gravierende Auswirkungen auf die Freiheit der Menschen: Bestimmte Viertel in den Kommunen werden gemieden, zu bestimmten Zeiten traut man sich nicht mehr allein auf die Straße.

Der GdP-Bundesvorsitzende Malchow und der DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg betonten, um Sicherheit voranzubringen, „wünschen wir uns ein gesamtgesellschaft-

liches ‚Bündnis für Sicherheit‘, an dem neben den Behörden auch Verbände, Vereine, die Wirtschaft und einzelne Bürgerinnen und Bürger mitwirken“.

Subjektives Sicherheitsgefühl

Malchow zufolge ist nicht entscheidend, ob das Sicherheitsgefühl der Sicherheitslage entspricht, wie sie aus der jährlichen Polizeilichen Kriminalstatistik hervorgeht. Danach sei die Zahl der insgesamt unter dem Begriff Straßenkriminalität registrierten Taten auf den ersten Blick in den vergangenen zehn Jahren deutlich zurückgegangen – von rund 1,75 Millionen Fälle im Jahre 2003 auf 1,35 Millionen 2012. Dabei geht es unter anderem um Handtaschenraub, Taschendiebstähle, Sachbeschädigungen, auch an Autos.

„Denn auf den zweiten Blick sagt die Statistik, dass die Brutalität im öffentlichen Raum offenbar deutlich zunimmt.“ So stieg die Zahl der gefährlichen und schweren Körperver-

letzungsdelikte auf Straßen, Wegen oder Plätzen im gleichen Zeitraum um rund 24 Prozent – von 51.600 auf 64.000. Zugleich nahm die Zahl der Tatverdächtigen um mehr als 19 Prozent zu. Darunter sind von den rund 72.800 Tatverdächtigen fast 31.300 unter 21 Jahre alt.

Die Dunkelheit wird gemieden

Die Bürgerinnen und Bürger verunsichert jedoch nicht nur das spektakuläre Verbrechen, das die Wohnzimmer vor allem über die Bildschirme erreicht. Auch die eigene tägliche Wahrnehmung von Verwahrlosung, Vandalismus und Zerstörung führe zweifelsfrei zu wachsender Kriminalitätsfurcht, sagte Malchow. „Dass dem so ist, wird von Politikern gern in Abrede gestellt. Dem widerspricht allerdings, dass sie selbst, besonders in Wahlkampfzeiten, politische Veranstaltungen, insbesondere für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger, vor Einbruch der Dunkelheit enden lassen oder für einen sicheren Heimtransport sorgen.“

DStGB-Hauptgeschäftsführer Landsberg ergänzte, Angst vor Kriminalität habe teilweise gravierende Auswirkungen. „Das Vertrauen in den Staat – der vermeintlich nicht ausreichend schützt – nimmt ab, die Staats- und Politikverdrossenheit steigt. In welchem Maße vor Ort Sicherheit gewährleistet werden kann, ist zudem ein bedeutender Faktor der Lebensqualität und der Standortqualität für Einzelhandel und Wirtschaft“, sagte er.

Die Gewerkschaft der Polizei und der Städte- und Gemeindebund sprechen sich daher für eine ausreichende Polizeipräsenz wie eine verstärkte Kri-



SICHERHEIT

minalprävention, und setzen zugleich auf bürgerschaftliches Engagement. Landsberg: „Die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung ist eine vorrangige öffentliche Aufgabe, die in den Städten und Gemeinden von der

die zunehmende Verschmutzung des öffentlichen Raumes den Niedergang von Stadtvierteln und auch schwere Kriminalität begünstigen. Malchow: „Ich teile ausdrücklich die Einschätzung des Bundesinnenministers, der

auch die Wahrnehmung des Demonstrationsrechts der Bürgerinnen und Bürger, die diesen Staat massiv ablehnen.

Die Gewährleistung von Sicherheit als vorrangige öffentliche Aufgabe



Bitte einmal für die Kameras: DStGB-Hauptgeschäftsführer Landsberg und GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow (r.).

Foto: Zielasko

Polizei und den Kommunalbehörden gemeinsam wahrgenommen wird. Gerade mit Blick auf die Ordnungsverstöße ist allerdings nicht der Staat allein gefordert, sondern ein Bündnis gegen Gewalt und für Sicherheit.“

„Broken Windows“-Theorie nicht widerlegt

Bereits vor über 20 Jahren haben die amerikanischen Sozialforscher Wilson und Kelling unter dem Stichwort „Broken Windows“ die bislang nicht widerlegte These aufgestellt, dass die Häufung alltäglicher Normübertritte und

vor kurzem bei einem Treffen mit den Leitern der deutschen Sicherheitsbehörden seine Sorge über zunehmende gewalttätige Übergriffe zum Ausdruck gebracht hat. Was wir in den letzten Wochen in Hamburg und Berlin erleben mussten, macht die Dimension solcher Verwerfungen unserer Gesellschaft deutlich. Ich stimme ihm auch in seiner Aussage zu, dass es keinen gesellschaftlichen Missstand gibt, auf den man sich berufen könnte, um in Deutschland jegliche Form von Gewalt anzuwenden.“

Im Gegenteil, so Malchow weiter, die Polizei sichere mit ihrem Einsatz

liegt aber in erster Linie in den Händen der staatlichen Behörden, der Gesetzgebung und der Rechtsprechung, erklärte der GdP-Bundesvorsitzende.

„Um diese Aufgabe zu erfüllen, müssen sie ihre Autorität zurückgewinnen und personell und sächlich dazu in die Lage versetzt werden.“ Auch die politische Unterstützung aller demokratischen Parteien sei gefragt. Wenn sich private Organisationen und Institutionen, aber auch staatliche Stellen privater Sicherheitsunternehmen bedienen, dann müssten diese Dienstleister auf qualitativ hohem Niveau arbeiten.





Manche Gegenden haben in der Nacht ein anderes Gesicht als am Tag. Verunsicherung und Angst sind groß.

Foto: Rembert Stolzenfeld

Kooperation zwischen Polizei und kommunalen Ordnungsbehörden

Die Sicherheit der Bürger vor Gewalt und Kriminalität zu gewährleisten, ist Aufgabe der Polizei. Aber auch die Kommunen sind gefordert. Die Arbeit der Ordnungsbehörden stellt einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit und Ordnung dar und hat eine hohe gesellschaftliche Bedeutung, heißt es in dem Positionspapier weiter. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Kommunen habe sich zum Beispiel in unzähligen Sicherheits-(Ordnungs-)partnerschaften vielerorts bewährt. Polizei und Ordnungsbehörden verfolgten gleichermaßen das Ziel, mehr sichtbare Präsenz von Sicherheitspersonal auf öffentlichen Straßen und Plätzen zu erreichen. Gute Beispiele zeigten sich oft dort, wo gehäuft Gefährdungen für Sicherheit und Ordnung vorkommen, beispielsweise an Orten mit hohem Alkohol- und Drogenkonsum und im Rotlichtmilieu.

GdP und DStGB betonen in diesem Zusammenhang übereinstimmend:

„Der Einsatz privater Sicherheit kann polizeiliche Aufgabenwahrnehmung nicht ersetzen. Der Personalabbau bei der Polizei muss beendet werden. Private Sicherheit ist keine Alternative zur Polizei. Dort, wo auch die Kommunen auf die Dienstleistung von privaten Sicherheitsunternehmen setzen, sollen diese Unternehmen eine vertraglich gesicherte Zusammenarbeit mit der Polizei eingehen. Somit kann besser gewährleistet werden, dass auch private Sicherheitsunternehmen den Ansprüchen an eine qualitativ hochwertige Dienstleistung genügen. Sie besitzen jedoch keine Befugnisse, in die Grundrechte der Bürger einzugreifen, sondern verfügen lediglich über die Jedermannsrechte.“

Kriminalprävention stärken

Städte und Gemeinden engagieren sich in ihrer täglichen Arbeit verstärkt für Kriminalprävention. Dies wird dort öffentlich wahrgenommen, wo die kommunalen Ordnungskräfte durch ihre uniformartige Kleidung zu erkennen sind. Die Kommunen sollten diese Mitarbeiter dabei jedoch nicht



Oliver Malchow, GdP-Bundesvorsitzender: Videoüberwachung nur mit mehr Personal
Foto: Zielasko

allein für die Parkraumbewirtschaftung einsetzen, so wird in dem Positionspapier festgestellt, sondern auch, um potenzielle Ordnungsstörer abzuschrecken, Verunreinigungen und Belästigungen frühzeitig zu erfassen und den Passanten als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. Das Aufgabenspektrum könne zudem erweitert



werden, in dem die im Streifendienst eingesetzten Ordnungskräfte nicht nur Meldungen und Anzeigen entgegennehmen, ordnungswidrige Umstände registrieren und diese abstellen, sondern auch solche Verstöße ahnden oder Anzeigen erstatten.

Prävention und bürgerschaftliches Engagement

Die Kriminalprävention ist jedoch nicht allein Aufgabe von Polizei- und Ordnungsbehörden. Zivilgesellschaft-

liche Projekte, insbesondere im Umfeld von Schulen und in der Jugendsozialarbeit, seien unverzichtbare Bestandteile der vorbeugenden Tätigkeit. „Diese unzähligen Projekte und Initiativen müssen trotz der Herausforderungen der Haushaltskonsolidierung für die Städte und Gemeinden nach Möglichkeit erhalten bleiben“, wird von GdP und Städte- und Gemeindebund betont.

Bürgerschaftliches, freiwilliges und ehrenamtliches Engagement sei generell für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig. Es verstärke die

Akzeptanz von geordneten Verhältnissen, habe damit indirekt Einfluss auf das Wertefühl in der Gesellschaft und biete Kindern und Jugendlichen gleichzeitig ein Vorbild in couragiertem Einsatz für ihre Mitmenschen. Kampagnen wie „Augen auf für Nebenan“ oder kriminalpräventive Nachbarschaftsprojekte ergänzten die Arbeit der Sicherheitskräfte.

Städtebauliche Kriminalprävention

Durch eine städtebauliche Kriminalprävention kann das Entstehen von „Angsträumen“ und gefestigter Deliktstrukturen verhindert werden. Bei der Planung von Wohngebieten oder bei der Umgestaltung von Straßen und Plätzen ist dem Positionspapier zufolge der Aspekt der Sicherheit der Bevölkerung zu berücksichtigen. Hierbei gelte es, die Polizei zuvor um Rat zu fragen und lokale Netzwerke einzubeziehen, um Schwachstellen in der Sicherheit frühzeitig zu entdecken. Bevorzugte Tatgelegenheiten, wie schlechte Beleuchtung, fehlende Sichtbeziehung für helfende Zeugen oder gute Fluchtmöglichkeiten könnten so vermieden werden.

Der Verwahrlosung öffentlicher Räume durch Vandalismus und illegale Müllbeseitigung müsse zudem durch zeitnahe Interventionen begegnet werden. Hier sollte an die Obliegenheiten der Hausbesitzer erinnert werden: Wenn diese frühzeitig gegen Graffiti-Schmierereien und andere Formen des Vandalismus vorgehen, lasse sich der verheerende Verwahrlosungsprozess ein Viertel im Keim ersticken.

Polizeipräsenz sicherstellen

Bei allen gesellschaftlichen Bemühungen für mehr Sicherheit ist generell die Polizeipräsenz zu gewährleisten: Der Personalabbau dürfe nicht zu Lasten der Kommunen gehen. Den „Schutzmann an der Ecke“ und den Streife gehenden Polizisten gebe es nur noch selten, kritisieren beide Seiten. „Diese Entwicklung muss umgekehrt werden. Die Polizei ist und bleibt für die Bekämpfung der Kriminalität zuständig und muss unmittelbar und sichtbar einschreiten. Daher sind die Länder aufgefordert, die Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit wieder zu verstärken.“



Zwischen Dreck und Schmierereien, wer will hier noch telefonieren?

Foto: Rembert Stolzenfeld





Foto: Zielasko

Einbruchsdiebstählen entgegenwirken

So mussten in besonders von Wohnungseinbrüchen betroffenen Gebieten die Sichtbarkeit der Polizei erhöht und ausreichend Ermittler eingesetzt werden. Aber auch die Haus- und Grundstückseigentümer seien gefordert, geeignete Sicherungsmaßnahmen vorzuhalten, wobei sie durch Beratung sowie in finanzieller Hinsicht Unterstützung erhalten sollten, zum Beispiel durch günstigere Tarife seitens der Versicherungen oder durch die steuerliche Absetzbarkeit der Aufwendungen für Sicherungsmaßnahmen. Denkbar wäre auch eine Förderung im Rahmen der Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), erklärten GdP und Städte- und Gemeindebund.

2012 stieg erneut die Zahl der Wohnungseinbruchsdiebstähle um 8,7 Prozent auf 144.117 Fälle. Das entspricht in etwa der Einwohnerzahl der nordrhein-westfälischen Stadt Paderborn. Dabei entstand ein Gesamtschaden von über 400 Millionen Euro. Einbrüche haben zudem Konsequenzen psychischer Art: 70 Prozent der Opfer leiden seelisch, weil in die Geborgenheit ihrer Wohnung eingedrungen und persönlich wertgeschätzte Gegenstände gestohlen wurden. Schlecht für das Sicherheitsgefühl ist auch die geringe Aufklärungsquote von 15,7 Prozent.

Kriminalität und alternde Gesellschaft

Auch die immer älter werdende Gesellschaft stellt eine Herausforderung im Kampf gegen Kriminalität dar. Die Zahl der registrierten Tatverdächtigen ab 60 Jahre nahm zwischen 2002 und 2012 um etwa acht Prozent auf rund 152.000 zu. Die Polizei, aber auch die

Justiz müssen sich auf mehr Täter mit hohem Alter einstellen, denn der Umgang mit Seniorinnen und Senioren als Straftäter erfordert spezielle Kenntnisse.

„Doch Senioren sind nicht nur Täter, sondern werden auch selbst leichter Opfer von Kriminellen. Nicht zuletzt deshalb, weil die Täter ihr Verhalten gezielt auf das ältere Menschen ausgerichtet haben. Präventionsprojekte



Abseits aller Geschäftigkeit: An stillen Plätzen liegt oft der Müll der Gedankenlosen.

Foto: Rembert Stolzenfeld



sind deshalb insbesondere auf die Lebenswirklichkeit der älteren Menschen auszurichten“, heißt es weiter im gemeinsamen Positionspapier.

Immer neue Aufgaben für kommunale Ordnungsbehörden

Die kommunalen Ordnungsbehörden ihrerseits würden zunehmend durch weitere neue Aufgaben in Anspruch genommen und gerieten personell oft an die Grenze des Leistbaren. Auch angesichts der Belastung der städtischen Ordnungskräfte mit vielen organisatorischen, für die Sicherheit und Ordnung nicht gerade zentra-

len Fragen erscheine es notwendig, dass der Gesetzgeber für Entlastungen der kommunalen Ordnungsbehörden Sorge, sei es durch aufgabenkritische Überprüfung der Zuständigkeiten, durch Abbau von Bürokratie oder durch mehr Spielraum für die Kommunen bei der Regelung von Gebühren für bestimmte Ordnungsamstätigkeiten.

Kein Alkohol in Bussen und Bahnen

Studien zeigten, dass Alkohol eine zentrale Rolle beim Thema Straßensicherheit und Gewalt spielt. Daher



Foto: Zielasko



„Freiheit ist das Paradies“ Dazu scheinen offensichtlich auch Müll und Verwahrlosung von öffentlichen Plätzen zu gehören. Foto: Rembert Stolzenfeld

sprechen sich der Städte- und Gemeindebund und die Gewerkschaft der Polizei seit langem für ein Alkoholverbot auf bestimmten öffentlichen Plätzen aus. Sachbeschädigungen, Belästigungen und Gewalt anlässlich exzessiven Alkoholgenusses würden somit seltener. Allerdings gebe es in einigen Ländern noch Unsicherheit bezüglich der gesetzlichen Rahmenbedingungen für Alkoholverbotzonen. DStGB und GdP fordern insoweit die Länder auf, die Ermächtigungsgrundlagen zu schaffen.

Gute Erfahrung seien auch mit dem Verbot des Alkoholtrinkens im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gemacht worden. „Wir sprechen uns daher klar für ein Verbot in Bussen und Bahnen aus.“

Verstärkte Videoüberwachung an gefährlichen Orten

Nach Gewalttaten im öffentlichen Raum wird die Videoüberwachung in neuem Licht diskutiert. Trotz der Bedenken bezüglich des Schutzes der informationellen Selbstbestimmung spricht der Sicherheitsaspekt für eine Videoüberwachung an besonders kriminalitätsbelasteten Orten. Studien belegen, dass dies vor allem an Kriminalitätsschwerpunkten erfolgreich ist. Beiden Organisationen zufolge haben viele Städte und Gemeinden damit gute Erfahrungen gemacht. Videoüberwachung diene der Kriminalprävention, der erfolgreichen Strafver-





Foto: Robert Haas/dpa

folgung sowie der Steigerung des Sicherheitsgefühls der zunehmend älter werdenden Bevölkerung. Sie könne, so Malchow, aber nur dann auch objektiv mehr Sicherheit herstellen, wenn die polizeilichen Kräfte vorhanden seien, um an den videoüberwachten Brennpunkten der Kriminalität rasch eingreifen zu können.

DStGB und GdP fordern, die Frist, nach der die mit Videotechnik aufgezeichneten Bilder wieder gelöscht werden müssen, zu verlängern. Eine 24-Stunden-Frist reiche nicht aus, um noch angemessen reagieren zu können. Die erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen dürften nicht aus Datenschutzerwägungen ausgehebelt werden.

Sie sollte zwischen Kommune und der Polizei abgestimmt und nicht gegen den überwiegenden Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden. Videoüberwachungsaktionen sollten durch Öffentlichkeitsarbeit begleitet und für jedermann erkennbar sein.

Bereits die Kenntnis hierüber könne zum Beispiel im ÖPNV-Bereich vorbeugend wirken. Dort fühlten sich Fahrgäste nach vielen Gewaltvorfällen durch die Videoüberwachung sicherer. Beim Videotechnikausbau im Bahnbereich sollten Bundespolizei und die Deutsche Bahn AG sich eng mit den Kommunen abstimmen.

Polizei- und Sicherheitskräfte vor Übergriffen schützen

In Teilen der Bevölkerung fehlten Respekt und Anstand gegenüber Polizei-, Feuerwehr- und Rettungskräften sowie den Mitarbeitern der kommunalen Ordnungsdienste, die oft Beleidigungen und tätlichen Angriffen ausgesetzt sind. Allein 32.000 Fälle von Gewalt gegenüber der Polizei und 60.000 verletzte Einsatzkräfte im Jahr 2012 seien ein unerträglicher Zustand, heißt es weiter. „Wir unterstützen deshalb die Innenminister und -senatoren von Bund und Ländern in ihrem Vor-



Stärkere Eigensicherung im Umgang mit den Bürgern ist auch in alltäglichen Situationen nicht mehr selten.

Foto: Patrick Pleul/dpa



SICHERHEIT



Regelmäßige Kontrollen – auch auf dem Straßenstrich.

Foto: Patrick Pleul/dpa

haben, sowohl die Ausrüstung der Kolleginnen und Kollegen zu verbessern, als auch die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, den bereits erhöhten Strafraumen für Angriffe auf Vollstreckungsbeamte so zu verändern, dass auch die unvermittelte Attacke im allgemeinen Polizeidienst strafbar wird.“

Zwangsprostitution muss stärker bekämpft werden

Ein weiteres Problem ist die Prostitution. Das entsprechende Gesetz müsse reformiert werden. „Zurzeit haben Polizei und Staatsanwaltschaft kaum Möglichkeiten, gegen Menschenhandel vorzugehen. In vielen deutschen Städten werden in Bordellen junge Frauen zur Prostitution gezwungen. Deshalb ist es dringend geboten, das Gesetz zur Prostitution zu überprüfen“, unterstreichen GdP und DStGB. Es müsse erreicht werden, dass die gesetzlichen Hürden für Polizei und Ordnungsbehörden bei der Kontrolle der Prostitutionsstätten deutlich reduziert werden, und zwar so, dass diese Regelungen dann bundesweit und in allen Ländern gleichermaßen gelten.

Dabei gehe es nicht darum, Pro-

stitution ganz zu verbieten, denn dies führe zur Kriminalisierung der Frauen. Der Staat mit seinen Behörden brauche klare Eingriffsgrundlagen, um das Ausmaß des Missbrauchs von Frauen deutlich zu reduzieren. Im Prostitutionsgesetz sollte eine gebührenpflichtige Konzession für alle Prostitutionsstätten sowie eine Erlaubnispflicht für Prostituierte eingeführt werden. Die Gebühr werde für die Finanzierung der Kontrollen einschließlich der Beratungsdienste verwendet. Die Genehmigung zur Ausübung der Prostitution sollte demnach mit einer verpflichtenden Gesundheitsprüfung und einem sozialen Beratungsgespräch verbunden werden.

Wolfgang Schönwald

Mehr Hintergrund zum
Gemeinsamen Positionspapier von DStGB
und GdP



COP® Specials März / April 2014 * Gültig vom 20.02. - 30.04.2014

1 Under Armour® Tactical BFL HeatGear® Basecap
Art.-Nr: UA1219732-O (olivgrün)
Art.-Nr: UA1219732-S (schwarz)
Farben: schwarz und olivgrün
Größe: Einheitsgröße
Material: 100% Polyester
An der Rückseite offen.

Aktionspreis € 15,90**
statt 24,99*

heatgear
FÜR HEISSE TAGE
Hält kühl und trocken

2 Under Armour® 1/4 Zip Stehkragen-Shirt Infrared
Art.-Nr: UA1239310GR-Größe (grau)
Art.-Nr: UA1239310S-Größe (schwarz)
Farbe: schwarz und grau; Größe: S - 2XL
Material: 94% Polyester, 6% Elasthan
Langärmeliger, hochfunktioneller Pullover mit kurzem Reißverschluss und Stehkragen.

Aktionspreis € 59,90**
statt 89,99*

coldgear
FÜR KALTE TAGE
Hält warm und trocken

SAISONWARE
Solange Vorrat reicht!

FITTED

3 Under Armour® ColdGear® Action Legging, Unisex
Art.-Nr: UA1000525S-Größe
Farbe: schwarz; Größen: S - XXL
Material: 63% Nylon, 23% Polyester, 14% Elasthan
Eng anliegende lange ColdGear® Unterhose (Legging) ohne Eingriff und breitem elastischem Gummiband und Kordelzug.

Aktionspreis € 45,90**
statt 64,99*

coldgear
FÜR KALTE TAGE
Hält warm und trocken

COMPRESSION SAISONWARE
Solange Vorrat reicht!

4 Under Armour® Tactical HeatGear® Basecap
Art.-Nr: UA1227549-O (olivgrün)
Art.-Nr: UA1227549-B (beige)
Art.-Nr: UA1227549-S (schwarz)
Farben: schwarz, beige und olivgrün
Größe: Einheitsgröße
Material: 100% Polyester
Rückseite geschlossen.

Aktionspreis € 19,90**
statt 29,99*

heatgear
FÜR HEISSE TAGE
Hält kühl und trocken

5 Under Armour® Tactical GTX Schuh Allseasongear®
Art.-Nr: UA12367745-Größe US
Farbe: schwarz; Schafthöhe Gr. 43: 12 cm
Größen: US 8 - 14 (EU 41 - 48,5)
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 475 g
Leichter, knöchelhoher Stiefel mit wasserdichter GORE-TEX® Membrane und selbst-reinigender Sohle.

Aktionspreis € 149,90**
statt 199,99*

SAISONWARE
Solange Vorrat reicht!

Größe US	8	8,5	9	9,5	10	10,5	11	11,5	12	13	14
Größe EU	41	42	42,5	43	44	44,5	45	45,5	46	47,5	48,5

6 Handschuh COP® SGX2
Art.-Nr: 320SGX2-Größe
Farbe: schwarz; Größen: XS - 3XL
Material: 50% Synthetikleder, 50% Kunstfaser. Mit Schrittschutzfutter aus ARMOR-TEX®. Handinnenseite aus weichem, wildlederartigem Clarino®-Synthetikleder.

Aktionspreis € 39,90**
statt 59,99*

EN 388
Abriebfestigkeit: Kategorie 3
Schnittfestigkeit: Kategorie 5
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4
Durchstichfestigkeit: Kategorie 3

7 Dienst-Halbschuh Original S.W.A.T.® 1310 Chase Low
Art.-Nr: 811310-Größe EU
Farbe: schwarz; Größen: EU 38 - 48 (US 6 - 14)
Obermaterial: "Full Grain" Leder/1200 Denier Nylon
Schafthöhe in Gr. 43: 10 cm

Aktionspreis € 59,90**
statt 84,99*

Größe US	6	7	7,5	8	9	10	11	11,5	12	13	14
Größe EU	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf www.cop-shop.de

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers ** Angebots- / Aktionspreis gültig vom 20. Februar bis 30. April 2014 | *** ehemaliger Verkäuferpreis. Farben können drucktechnisch bedingt abweichen. Druckfehler und Preisirrtümer vorbehalten.

„Warum bleiben viele Kritiker anonym?“

Die DP-Redaktion erreichen seit November 2013 Leserbriefe zu der offenen Meinungsäußerung der Bochumer GdP-Kollegin Tania Kambouri über ihren polizeilichen Alltag. Nun hat sich die Autorin nach teils kritischen Diskussionsbeiträgen selbst nochmals zu Wort gemeldet:

„Ich möchte mich nochmal für die Unterstützung der Kollegen und Bürger, für die Nachrichten und Blumen bedanken. Jedoch möchte ich insbesondere einige Punkte klarstellen. Ich hätte gedacht, es reicht, wenn ich in meinem ersten Brief schreibe, im Folgenden rede ich von den straffälligen Migranten und nicht von den vielen anderen, welche, wie ich, Deutschland als Heimatland sehen und an der Gesellschaft positiv teilhaben. Das hat es nicht.

Ich habe überwiegend Muslime erwähnt, WEIL mein Leserbrief sich auf den Artikel „Islamische Friedensrichter, Paralleljustiz in Deutschland, Machtlose Polizei“ bezogen hat, der über muslimische Bürger berichtete. Deshalb habe ich keine weiteren Personen anderen Glaubens erwähnt. Einige Muslime fühlten sich durch meine Zeilen provoziert. Wahrscheinlich würde dieser Brief, wenn ich Muslima wäre, mir erstmal auch missfallen. Aber wenn ich den gesamten Kontext kennen und die Augen vor der Realität nicht verschließen würde, würde ich ziemlich schnell erkennen, dass der Brief die Fakten darlegt, die täglich auf der Straße passieren.

Ich glaube, diejenigen, die denken, dass mein Brief polemisch ist und ich fremdenfeindlich bin, sind entweder ignorant oder realitätsfremd. Mir ist es EGAL, welche Herkunft, Nationalität, Hautfarbe, Glaubensrichtung, sexuelle Orientierung etc. ein Mensch hat. Allein die Persönlichkeit zählt. DANACH beurteile ich einen Menschen.

Ich habe die letzten Monate etliche Berichte und Meinungen zu meinem Brief im Internet und Zeitungen gelesen. Ich möchte nicht, dass dieses für uns alle bedeutende Thema herabgesetzt wird. Es läuft etwas nicht richtig, wenn eine Gesellschaft die

Fakten nicht anerkennen will und alles zu vertuschen oder schlecht zu reden versucht. Ich möchte etwas Positives für dieses Land erreichen und dass sich Politiker und Personen der Judikative Gedanken machen, damit sich die von mir beschriebenen Probleme ändern, bevor sie schlimmer werden.

Ich habe nichts gegen Kritik. Da-

von lebt eine Debatte und es wäre falsch, nur das Positive zu erwähnen, um seinen Standpunkt ins rechte Licht zu rücken. Trotzdem sollte Kritik auf richtig und begründbar sein. Warum bleiben viele Kritiker anonym? Warum stehen sie nicht zu ihrer Meinung? Was haben sie zu befürchten? Widerspruch? Zustimmung? Wenn sie so überzeugt sind, sollten sie ihre Namen dazuschreiben. Andere Kulturen haben dieses Land überwiegend positiv bereichert. Wir sind alle ein Teil dieser Welt und sollten unsere Zukunft gemeinsam gestalten. Wir müssen lernen, uns gegenseitig zu akzeptieren und respektieren, damit wir eine gut funktionierende Gesellschaft erreichen können.

Tania Kambouri, per E-Mail

NRW-Innenminister verurteilt generell mangelnden Respekt gegenüber Polizei

Turnusmäßig wird der Staffelfstab des Vorsitzes der Ständigen Konferenz der Innenminister- und senatoren von Bund und Ländern (IMK) übergeben. Nach Innenminister Boris Pistorius mit Dienstsitz im niedersächsischen Hannover hält in diesem Jahr Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger die politischen Fäden in der Hand. Im Rahmen eines größeren Interviews mit DEUTSCHE-POLIZEI-Chefredakteur Rüdiger Holecek, das in der April-Ausgabe erscheinen wird, hat sich Jäger auch zu der von Tania Kambouri angestoßenen Debatte geäußert:

DP: Herr Innenminister, in unserer Zeitschrift beklagte sich eine Bochumer Streifenbeamtin über das Verhalten insbesondere von muslimischen Männern gegenüber Polizeibeamtinnen. Da wird, wenn sie zu einem Einsatz fährt, gesagt: Wir wollen hier keine Frauen, fahr wieder nach Hause! Die Kollegin selbst hat ausländische Wurzeln. Insgesamt berichtete sie von einem Autoritätsverlust der Polizei. Ihr Artikel fand eine bisher nicht dagewesene Resonanz in Leserschriften. Die Kolleginnen und Kollegen antworteten: „Was wir da so täglich auf der Straße erleben an Missachtung, an Demütigung, an

Beleidigung, an Bedrohung, da ist eine Grenze erreicht.“ Was ist dem entgegenzusetzen?

Jäger: Ich verstehe die Kollegin gut. Die Diskriminierung, die sie schildert, toleriere ich nicht. Wie ich überhaupt den mangelnden Respekt insbesondere gegenüber unseren Polizistinnen verurteile. Hier müssen wir stärker gegensteuern, damit alle die Gleichberechtigung der Frau in unserer modernen Gesellschaft akzeptieren. Wir dürfen aber nicht pauschalisieren. In Nordrhein-Westfalen werden wir auf jeden Fall weiterhin eine hohe Quote von Beamtinnen einstellen – auch mit Migrationshintergrund.



Zu: Leserbrief „Aus der Seele geschrieben“, DP 1/14

Bis heute habe ich mich nie an Leserreaktionen beteiligt. Aber was „Unbekannt“ unter dem Deckmantel der Anonymität zum Ausdruck bringt, spiegelt in allen Bereichen das Grundproblem in diesem Land dar. Diese Diskussion mit dem Begriff „rechtsradikal“ zu belegen, ist Lichtjahre am Ziel vorbei. Den Kolleginnen und Kollegen hiermit indirekt zu unterstellen, sie trügen ein solches Gedankengut mit sich, ist eine Frechheit. 99,99 Prozent der Kollegen sind absolut in der Lage zu differenzieren. Sie stehen aber jeden Tag vor den gleichen Problemen bei den gleichen Bevölkerungsgruppen. Das hat nichts mit rechtsradikal zu tun, das sind Erfahrungswerte.

Einige dieser Menschen sind nicht neu hier; sie sind hier aufgewachsen, zur Schule gegangen. Haben sie die

Angebote, sich zu integrieren, wahrgenommen? Integration ist etwas Gegenseitiges. Von jemandem, der hier ein Bett und eine Unterkunft erhält, der Bildungs- und Sportangebote wahrnehmen kann, der hat eine gewisse Bringschuld. Der soll seinen Willen, sich zu integrieren, zeigen, indem er diese Angebote annimmt. Integration ist etwas beidseitiges, das andere nennt man Import.

Lieber „Unbekannt“, schauen Sie mal auf die Wurzeln vieler meiner Kollegen (auch der Verfasserin des Artikels), da sehen Sie, dass und wie Integration funktioniert! Und dieser Berufsgruppe wirft man rechtsradikales Gedankengut vor?

In vielen Bereichen steht jemand, der „Klartext redet“, sofort in der rechtsradikalen Ecke. Über die mediale Ausschlichtung solcher Aussagen könnte im Übrigen Herr Sarrazin ein weiteres Buch schreiben, Herr Möllemann könnte das auch, wenn er noch unter uns weilen würde. Das mal dazu, ob

man sich trauen kann, etwas zu sagen. Auf unsere Gesellschaft passt eine alte Indianerweisheit: „Wer die Wahrheit sagt, muss ein schnelles Pferd haben!“

Wer kann da also nicht differenzieren und bitte schön, von welcher Seite kommt da keine Diskussion auf? Wer prügelt seit Jahren jeden Ansatz einer Diskussion klein? Und was ist rechts? Ist links auch schlimm oder in diesem Fall schlimmer? Oder geht es in Wirklichkeit um Extremismus, was in allen Fällen nicht tolerierbar ist? Wer eine sachliche Debatte führen will, der muss zunächst die Meinungen anderer, ihre Erfahrungswerte und Erlebnisse anerkennen und tolerieren. Genau diesen Wunsch zu äußern, nachdem man die Gegenansichten in die Ecke gestellt hat, selber in die Polemik abgewandert ist und fadenscheinige Beweise für eine vorhandene Diskussion angeführt hat, ist wohl ein schlecht gemachter Witz oder einfach auch nur schlechte Rhetorik.

Lieber „Unbekannt“, keiner in un-

Anzeige

Meine Empfehlung:
Jetzt mit
0 Aufwand zum
0 Gebühren-Konto
wechseln.



SpardaGiro
mit Kontowechselservice

0 Gebühren
Aufwand
Komma nix
wechseln!



Sie wechseln, wir kümmern uns darum: Von der Auflösung Ihres bisherigen Kontos über alle Daueraufträge bis hin zu sämtlichen Benachrichtigungen – schnell, reibungslos und selbstverständlich kostenlos. www.sparda.de

Sparda-Banken

freundlich & fair

Lohn-/Gehalts-/Rentenkonto für unsere Mitglieder bei Erwerb eines Genossenschaftsanteils in Höhe von 52,- Euro mit attraktiver Dividende.



serem Job braucht Ihr Mitleid. Bleiben Sie auf Ihrer Insel der Glückseligen. Wenn aber nicht bald einmal eine Linie in den gesellschaftlichen Konsens und das politische Handeln kommt, werden die Probleme der Ballungsräume auch Ihre kleine Welt erreichen und möglicherweise werden Sie dann erkennen, wovon die Kollegin Kambouri und viele andere gesprochen haben. Jeder Polizist in Deutschland geht jeden Tag zum Dienst und trägt seinen Anteil dazu bei, Ihnen Ihre kleine Welt zu erhalten ...

Dirk Krampe, Bonn



Die Schreiberin oder der Schreiber irrt sich, wenn behauptet wird, für die islamische Kultur spiele die moslemische Religion keine Rolle. Das Gegenteil ist der Fall. Kennt er oder sie den Begriff einer „Geschlossenen Gesellschaft“? Damit sollte sie oder er sich mal intensiv beschäftigen. Auch ist es einfach und billig, allem was einem nicht passt, den Geruch rechtsradikalen Gedankengutes zu verpassen. So einfach geht es dann.

Reinhard Lochmann, Niederkassel



Es wurde in den Leserbriefen von Kolleginnen und Kollegen beklagt, dass „man solche Themen in Deutschland nicht ansprechen dürfe“, da dies von der Politik und von der Gesellschaft nicht erwünscht sei. Lieber werde über solche Themen geschwiegen. Diese Behauptungen sind so nicht zutreffend. Es wird in diesem Land offen, auch unangenehme Themen, angesprochen und auch diskutiert. Nur um zwei populäre Beispiele für die angeregte Diskussion zu nennen: Roland Koch, während seines Wahlkampfes, oder Herr Sarrazin mit der Veröffentlichung seines Buches. Von einem sogenannten Maulkorb kann hier definitiv nicht die Rede sein, allein schon die Betrachtung der Verkaufszahlen des Buches des Herrn Sarrazin widerlegen die These des Maulkorbes. Mir ist auch nicht bekannt, dass das Buch zensiert worden sei oder der Vertrieb des Buches durch die Buchhandlungen verweigert wurde.

Für mich ist es auch nicht nachvollziehbar, warum Kolleginnen und Kollegen sich über den Vorhalt der sogenannten Nazischiene beklagen, aber im gleichen Atemzug selbst auf diesem Niveau argumentieren und auf die Schiene

des Maulkorbes verfallen. Ganz entscheidend ist doch hier die Frage, inwiefern Themen und Meinungen sachlich aufgearbeitet werden. Leider musste ich feststellen, dass Kolleginnen und Kollegen bei dieser Diskussion die Sachebene verlassen und mit plakativen Stammtischparolen argumentieren, weshalb es auch nicht verwunderlich sein sollte, dass hinsichtlich der polemischen Argumentationsweise Kritik geäußert wird. Entgegen den Behauptungen gibt es bereits seit einigen Jahren kriminologische Untersuchungen, die sich mit der Frage und den Ursachen der Gewaltbereitschaft junger Migranten befassen (zum Beispiel Kulturkonflikttheorie oder der Labeling-Ansatz). Inzwischen belegen auch kriminologische Untersuchungen, dass die Gewaltbereitschaft von jungen Menschen nicht mit der ethnischen Herkunft, sondern vielmehr mit der Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht zusammenhängt. Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse hat auch die Politik, wenn auch zu spät, reagiert und Programme wie beispielsweise Sprach- und Integrationskurse ins Leben gerufen. Bereits jetzt schon ernten wir die Früchte dieser Programme, zum Beispiel steigt der Anteil der Hochschulabgänger von jungen Migranten stetig. Bei einer großen Fußballveranstaltung (U17 EM) waren insgesamt sieben türkischstämmige Spieler aufgestellt, die sich bewusst für Deutschland als ihr Heimatland entschieden haben. Dies sind nur zwei Beispiele für den Beleg einer gelungenen Integration junger Migranten. Letztlich stellt sich für mich die Frage, wie behauptet werden kann, dass ein Maulkorb bestehe und diese Problematik von der Politik ignoriert beziehungsweise unter den Tisch gekehrt werde. Anscheinend ist es für viele Kolleginnen und Kollegen einfacher in die Opferrolle zu schlüpfen, als sich mit dem Thema objektiv und sachlich zu befassen.

Ali Güdümen, PP Mittelfranken, Nürnberg



Ich gehe davon aus, dass es sich bei dem Verfasser des Leserbriefes, der der Gewerkschaft unterstellt, sie würde populistische Argumente mit dem Geruch rechtsradikalen Gedankengutes drucken, um einen Polizeibeamten handelt. Wenn dem so ist, kann dieser meiner Meinung nach nie oder nur im Umlauf kurzfristig im Streifendienst gewesen sein; seinen Dienst versieht er

vermutlich an einem Ort, von dem der Volksmund sagt: Da ist die Welt noch in Ordnung. Schon das Studium der DP müsste ihn erkennen lassen, dass er offensichtlich in einer Scheinwelt lebt und die Wirklichkeit, wie die Kollegen im Streifen- und Einsatzdienst „behandelt“ werden, vollkommen ignoriert. Mir fehlen ob der in seinem Leserbrief getätigten Aussagen schlicht und einfach die Worte. Ich selbst war über 43 Jahre in der schwäbischen Landeshauptstadt tätig, davon über die Hälfte im Streifendienst. Stuttgart zählt sicher nicht zu den Kriminalitätshochburgen unserer Republik, aber auch hier sind Angriffe auf Kollegen des Streifendienstes alltäglich. Ich selbst bin seit acht Jahren in Pension und habe noch regen Gedankenaustausch mit aktiven Kolleginnen und Kollegen, wozu auch meine Tochter, mein Sohn und meine Schwiegertochter zählen. Im Übrigen schließe ich mich vor allem den vom Kollegen Wilbers im letzten Absatz seines Leserbriefes genannten Meinung an.

Helmut Mack, Weinstadt



Es ist sehr erfreulich, dass der Kollege Malchow mittlerweile erkennt, dass man „politisch nicht korrekten Themen“ nicht ausweichen sollte und Integrationsprobleme zum Thema macht. Trotzdem versäumt er es (politisch korrekt) allerdings nicht, zu betonen, dass das „Feindbild Polizei“ in vielen Gruppen vorherrsche, angeblich „unabhängig von sozialem Status und Herkunft“.

Nein, kulturelle Hintergründe der Herkunftsländer sind, insbesondere bei der Nichtachtung und Respektlosigkeit gegenüber Beamtinnen, entscheidend! DAS will uns die Kollegin Kambouri sagen.

Und damit hat sie Recht! Wir sollten diese wahre Aussage nicht mehr zu relativieren versuchen. Nur Kinder denken, dass, wenn sie ihre Augen schließen, die Gefahr gebannt sei.

Joachim Raeder, Lübeck

Zu: Leserbrief „Paralleljustiz / Aus der Seele geschrieben), DP 11/13, DP 1/14 und DP 2/14

Ich bin kein Polizist und lese Deutsche Polizei gelegentlich aus Interesse. Das oben genannte Thema betrifft



nicht nur Polizisten, sondern alle Mitarbeiter staatlicher Behörden, die durch bestimmte ausländische Milieus nicht mehr ernst genommen werden. Es betrifft auch den einfachen Bürger, der sich noch fragt, ob es sich überhaupt noch lohnt, die Polizei zu rufen, wenn man von „Südländern“ überfallen oder im Nachgang von Autounfällen oder harmlosen Alltagssituationen bedroht wird.

Hassan Allouches Hinweis, er würde nicht nur für Muslime schlichten, hat da ihren gewissen Anreiz. Nun ist die Problemanalyse von Dorothee Dienstbühl zutreffend, altbekannt und die Reaktionen Ihrer Kollegen sind nicht überraschend. Sie können aber über sogenannte Friedensrichter schimpfen wie Sie wollen: Die Akzeptanz der Polizei in bestimmten Stadtteilen wird sich alleine durch das Verschwinden von Friedensrichtern nicht erhöhen. Wie Hassan Allouches zurecht bemerkt, käme es eher zu den Katastrophen einer sich selbst organisierenden Parallelgesellschaft.

Sie Polizisten können einem nur leidtun: Gefangen und im Stich gelassen von einer Politik, die Sie vor die Situation stellt, vor der Sie nun stehen. Hilfe? Kommt höchstens noch, indem man Ihnen türkische oder rumänische Kollegen mit auf Streife schickt. Wie nett. Aber mit Disziplinarrecht wird bedroht, wer offen sagt, was er denkt. Oder woher kommt die vielzitierte Angst Ihrer Kollegen, sich offen zu äußern? Was ist denn nun die Lösung? Nur eines ist sicher: Noch mehr Sozialarbeiter und noch mehr Hartz IV werden die Probleme – wie Frau Dienstbühl andeutet – nur verschärfen, nicht aber den deutschen Rechtsstaat stärken. Wer sich jedoch zu alledem allzu frei äußert bekommt es nicht selten mit der Polizei zu tun. **Heiko Urbanzyk, Diplom-Jurist, Werne/Lippe**

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de

GdP-Frauengruppe begrüßt ihr 40.000 Mitglied

Erika Krause-Schöne, Mitglied des Geschäftsführenden Frauenvorstandes und Mitglied des Bezirks Bundespolizei, begrüßt per Telefon als 40.000 Mitglied der Frauengruppe (Bund) Elisabeth Rathmann, Kreisgruppe Potsdam der Bundespolizei.

Hallo Elisabeth, mit diesem Anruf möchten wir – die Frauengruppe der GdP – dich herzlich willkommen heißen. Du bist die 40.000 Frau, die Mitglied in der GdP geworden ist.

Elisabeth: Herzlichen Dank, da bin aber sehr überrascht.

Erika: Besonders freue ich mich, dass Du auch Bundespolizistin bist. Auch der Bezirk Bundespolizei wird immer größer und wir organisieren bereits über 21.000 Mitglieder. Was waren Deine Beweggründe in die GdP einzutreten?

Elisabeth: Als ich vor einigen Jahren bei der Bundespolizei meine Ausbildung im gehobenen Polizeivollzugsdienst begann, habe ich von den gesamten Berufsinteressenvertretungen gehört, aber zu diesem Zeitpunkt sah ich noch keine Notwendigkeit, in die Gewerkschaft einzutreten. Auch waren meine Interessen damals noch ganz anders und ich wollte in erster Linie meine Ausbildung beziehungsweise das Studium erfolgreich absolvieren.

Im Laufe meiner Berufsjahre änderte sich meine Ansicht. Zum einen durch meinen persönlichen Lebensweg, aber auch durch die vielen Informationen und die gewerkschaftliche Arbeit in den Dienststellen durch die Vertrauensleute erfuhr ich, wie wichtig die Gewerkschaft für mich selbst, aber auch im beruflichen Alltag für uns alle ist. Mein Mann, selbst Bundespolizist, überzeugte mich auch in privaten Gesprächen zum Eintritt in die GdP.

Erika: Neben den Leistungen der GdP und dem Engagement vor Ort und in den Personalvertretungen gibt es auch die Frauengruppe. Mich würde interessieren, ob dir die Frauengruppe und Ihre Arbeit bekannt sind?

Elisabeth: Ja, ich habe schon einiges über die Arbeit der Frauengruppe gelesen und auch von ihren Aktivitäten gehört. Gerade der Bereich Verein-

barkeit von Familie und Beruf mit den Möglichkeiten zur praktischen Umsetzung interessieren mich, denn mein Mann und ich haben zwei klei-



Erika Krause-Schöne gratulierte von Bundespolizistin zu Bundespolizistin.

Foto: Annette Terweide

ne Kinder. Für uns ist die Frage der Vereinbarkeit jeden Tag relevant. Auf Grund unseres Dienstes in verschiedenen Dienststellen der Bundespolizei ist es für uns sehr wichtig, dass ich zum jetzigen Zeitpunkt Teilzeit in der Elternzeit auch „heimatnah“ wahrnehmen kann. Hierdurch konnte ich zum Aus- und Fortbildungszentrum Neustrelitz abgeordnet werden und habe so nur eine einfache Fahrstrecke von rund 100 Kilometer zur Arbeit. Dadurch kann mein Mann weiterhin seine dienstliche Funktion eines Grup-





Elisabeth Rathmann ist das 40.000 Mitglied der GdP-Frauengruppe.

Foto: Peter Ludwig

penleiters im Wechselschichtdienst im Bereich einer Flächeninspektion wahrnehmen. In unserem Wohnort haben wir Betreuungsplätze für unsere Kinder bekommen und meine Schwiegereltern helfen uns auch sehr viel. Ich bin froh, dass sie im Ort wohnen und wir hierdurch eine große Unterstützung erfahren.

Aber auch die vielen Kleinigkeiten gilt es zu meistern. Besonders im dienstlichen Alltag. Wenn ich Unterstützung benötige, weiß ich nun, an wen ich mich wenden kann, und die GdP mit ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern steht mir zur Seite.

Allein die Einrichtung von Eltern-Kind-Büros in den Dienststellen finde ich eine ganz tolle Idee. Es beruhigt mich, dass mir im Falle einer leichten Erkrankung meiner Kinder Hilfe geboten wird. Ohne die Initiative der GdP und der Personalräte vor Ort glaube ich nicht, dass wir heute Eltern-Kind-Büros in den Dienststellen hätten.

Erika: Ist Dir die Arbeit der Frauengruppe zur Chancengleichheit bekannt?

Elisabeth: Auch hierzu habe ich schon einiges von euren Initiativen und Projekten gehört. Faire Aufstiegschancen und gerechte Beurteilungen

werden mir immer wichtiger. Als junge Frau ohne familiäre Bindung sah ich beispielsweise keinen Unterschied zwischen Voll- und Teilzeit. Jetzt als Mutter zweier kleiner Kinder in Teilzeit ändert sich mein Blick. Ich sehe sehr wohl, dass Beurteilungen mit einem mal anders ausfallen beziehungsweise – weil man in Elternzeit ist – ganz vergessen werden. Da berufliche Entwicklung an Beurteilungen (Eignung, Leistung, Befähigung) gekoppelt ist, ist dann eine Abkoppelung für Frauen und Männer in Erziehungszeiten mit Teilzeit und Familienpflichten gegeben.

Es ist gut zu wissen, dass sich die Frauengruppe auf Bundesebene aber auch innerhalb des Bezirkes Bundespolizei für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für faire berufliche Weiterentwicklung und Chancengleichheit, insbesondere bei Beurteilungen einsetzt. Ich finde es wichtig, dass Frauen mitreden und mitentscheiden in der GdP und der Polizei, denn nur dann können wir für uns Verbesserungen gemeinsam erreichen.

Erika: Liebe Elisabeth, ich danke Dir für das Interview. Du weißt, bei Fragen oder Problemen – wir sind da!

Bundesfrauenvorstand zu Gast beim „Alten Fritz“

Potsdam, die Stadt Friedrich des Großen, des Kriegsherrn und Liebhabers des Flötenspiels, war Gastgeberin für die Januarsitzung des Bundesfrauenvorstandes. Doch weder die Kriegskunst, noch Musik und Kultur standen auf dem Programm der GdP-Frauen, vielmehr beschäftigten sie sich schwerpunktmäßig mit der Vorbereitung der Bundesfrauenkonferenz, die Mitte März in der brandenburgischen Landeshauptstadt stattfinden wird.

Wie bei allen Großveranstaltungen gilt es im Vorfeld zahlreiche Detailfragen zu klären, damit die 111 Delegierten und zahlreichen Gäste der Konferenz einen reibungslosen Ablauf garantiert erleben können. So wurden verschiedene Lokalitäten für das „Fotoshooting“ am zweiten Tag besichtigt, die Saalbestuhlung in Augenschein genommen und der Ablauf nochmals diskutiert.

Alle Delegierten reisen sonntags (16. März) an, die Konferenz findet am 17. März statt und am darauffolgenden Tag schließt sich ein Festakt unter dem Motto „Drei Jahrzehnte Frau-

engruppe in der GdP“ an. Hierzu haben sich die GdP-Frauen mit Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe eine mit Spannung erwartete Festrednerin eingeladen. Meier-Gräwe hat eine Professur für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität in Gießen und ist Mitglied der Sachverständigenkommission zum ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Meier-Gräwe beschäftigt sich unter anderem mit der eigenständigen Existenzsicherung von Frauen und begeisterte die Delegierten der DGB-Bundesfrauenkonferenz im November 2013 mit ihren

pointierten Aussagen wie: „die Ehe als Übergangsarbeitsmarkt ist kein erfolgversprechendes Modell“!

Gute Nachricht

Neben den Vorbereitungen zur Bundesfrauenkonferenz ging es um den Fortgang der fremdfinanzierten Projekte. Eine gute Nachricht dazu erreichte den Geschäftsführenden Bundesfrauenvorstand noch zum Ende des letzten Jahres. Das Nachfolgeprojekt „Gendergerechte Beurteilungen“ wurde durch die Hans-Böckler-Stiftung genehmigt, sodass Leiterin Dr. Andrea Jochmann-Döll zwischenzeitlich die Arbeit wieder aufnehmen konnte. Ziel dieses Projekts soll die Erarbeitung von Checklisten beziehungsweise Empfehlungen zur Gestaltung einer geschlechtergerechten Beurteilungspraxis sein. Über die Genehmigung des Personalentwicklungsprojekts bei





Gruppenbild mit Alt-Kaiser: der Bundesfrauenvorstand in prominenter Begleitung.

Foto: Annette Terweide

der Walter-Hesselbach-Stiftung wird erst im Frühsommer entschieden.

Koalition will gegen Täter vorgehen

Mit Menschenhandel und Zwangsprostitution beschäftigt sich die Frauengruppe der GdP ja schon länger. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung steht: „Wir werden nicht nur gegen

die Menschenhändler, sondern auch gegen diejenigen, die wissentlich und willentlich die Zwangslage der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution ausnutzen und diese zu sexuellen Handlungen missbrauchen, vorgehen“. Damit hat das Thema an Aktualität gewonnen und ist inzwischen auch in aller Munde. Deshalb wurde in der Sitzung beschlossen, dass die Arbeitsgruppe unter der Leitung von Erika Krause-Schöne ihre Arbeit

wieder aufnehmen wird. Kolleginnen, die Interesse an einer Mitarbeit haben, können sich bei Annette Terweide, (annette.terweide@gdp.de) melden.

Zum Abschluss der Tagung dankte GBV-Mitglied Elke Gündner-Ede den Frauen des Bundesfrauenvorstandes für die konstruktive und aktive Zusammenarbeit in den zurückliegenden vier Jahren und wünschte allen ein tolles Kongressjahr!

Dagmar Hölzl

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen



Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



Ethik boomt

Von Dieter Block

Wenn Besucher des „Grenzanges“ im Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei Nordrhein-Westfalen in Selm aus dem Fenster schauen, fällt der Blick auf den „WÄCHTER“. Dieser und die flankierenden Steine mit Einritzungen erinnern an Kolleginnen und Kollegen, die im Polizeidienst zu Tode gekommen sind. Der Leitspruch: „Den Lebenden zum Schutz und den Toten zum Gedenken“. Die weitere Interpretation wird, wie bei jedem Kunstwerk, dem Betrachter überlassen.

Geschaffen wurde es von ANATOL alias Karl-Heinz Herzfeld, geboren 1931. Er war von 1953 bis 1961 Polizeibeamter in Nordrhein-Westfalen und zuletzt mit der Verkehrspuppenbühne unterwegs. In seiner künstlerischen Entwicklung gehört er zu den Schülern von Joseph Beuys. Bis heute wirkt er in seiner „Werkstatt“ auf einer Museumsinsel im Niederrhein. Seine frühen Kollegen als Polizeiwachtmeister riefen ihn Charly. Wenn ungelöste individual- oder sozialschädliche Probleme durch die Medien geistern, wird auch meist die Forderung nach ethisch-korrektem Verhalten erhoben. Mehr Ethik in der Politik, in der Wirtschaft, im Sport, im Beruf, im Umgang mit den Mitmenschen! Aber was ist damit gemeint?

Quellensuche

Wer nach den Ursprüngen für ethisches Verhalten sucht, findet in den Zehn Geboten des jüdischen Monotheismus und des Christentums grundlegende Hinweise. Einschränkend ist aber festzustellen, dass nur die gemeint sein können, die soziales Verhalten fordern, wie „Du sollst nicht töten, nicht stehlen, nicht ehebrechen ...“. Einige von ihnen werden auch in der „Bergpredigt“ des Neuen Testaments im Sinne von Ethik vertieft (Matthäus 5 u. 6). Und im nächsten Kapitel, Vers 12, steht: „Alles nun, was ihr wollt, dass euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch!“ Der Volksmund hat gereimt: „Was du nicht willst, was man dir tut, das füg auch keinem anderen zu!“

Der vom Philosophen Immanuel Kant (1724-1804) aufgestellte „Kategorische Imperativ“ fordert als Prinzip der Ethik: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines

Gesetz werde!“ Die gegenwärtigen Verheißungen des Dalai Lama laufen auf ein Wertesystem hinaus, das über alle Religionen hinweg gültig sein soll.

Viele andere Denker, Dichter, Philosophen und Autoren haben sich seit der Antike bis in die Gegenwart über Ethik verbreitet. Das Lexikon lehrt, dass der Begriff selbst aus dem Hel-



„Den Lebenden zum Schutz und den Toten zum Gedenken“

**Foto:
Romahn/Gödeke**



lenismus kommt, mit Moralphilosophie identisch ist und insoweit die Frage zu beantworten sucht, „... an welchen Werten, Zielen und Zwecken die Menschen ihr Handeln orientieren sollen ...“.

Recht-Gesetz-Ethik

Polizeiangehörige werden in der Ausbildung mit Definitionen, mit Interpretationen von Tatbestandsmerkmalen, mit obergerichtlichen Auslegungen hinreichend vertraut gemacht.



*Ethik ist keine Frage des Ja oder Nein.
Foto: Soeren Stache/dpa*

Ein Lehrsatz lautete in den 50er-Jahren: „Recht ist das, was richtig ist.“ Aber was ist richtig? „Recht erwächst aus dem althergebrachten Handeln und Verhalten der Gesellschaft.“ Es ist zu bezweifeln, ob ein solcher Grundsatz stimmt.

Schließlich ist der Holocaust mit seinen sechs Millionen Opfern auch durch latenten und praktizierten Antisemitismus in der Gesellschaft möglich geworden. Gesetze sind heute demokratisch zustande gekommene, in Schriftform gefasste Rechtsnormen, die für Jedermann verbindlich sind. Das klingt nach einer Handlungsanweisung, die ethisch fundiertem Verhalten ähnelt. Aber so ganz identisch sind Recht, Gesetz und Ethik denn doch nicht. Die politischen und gesellschaftlichen Diskussionen bei umstrittenen Gesetzesvorhaben sind ein Beispiel dafür, dass Recht und Gesetz einerseits und Ethik andererseits verschiedene Ziele haben können.

Was will Ethik heute?

Ethik an sich ist also ein zunächst unbestimmter Begriff, wird aber inhaltlich durch menschliches Tun und Lassen bestimmbar. Sie ist demnach eine geistige Überzeugung, nach der der Mensch sein eigenes Verhalten und Handeln ausrichtet.

Und wie kommt diese Überzeugung zustande? Soviel steht nach heutigem Wissen fest: Der Mensch kommt mit angeborenen, also genetisch bedingten Instinkten und schlummernden Eigenschaften auf die Welt. Die aber werden bestärkt oder verschüttet durch Erziehung, Vorbilder, Wissenserwerb und Erfahrung. Die Aufgabe aller Ethikvermittlung liegt demnach darin, das Tun und Lassen des Individuums zum eigenen und zum Wohl der Mitmenschen zu beeinflussen. Dadurch wird das Gewissen geschärft, das als inneres Gespräch mit sich selbst angesehen wird und in dem Verantwortung entsteht. Erich Kästner (1899-1974), eher weltberühmt für seine Kinderbücher: „Das Gewissen ist eine Uhr, die immer richtig geht – nur wir gehen manchmal falsch.“

Am Eingang zum beschriebenen „Grenzgang“ steht eine Standtafel, die einen Auszug aus „Einführung in die Ethik“ von Annemarie Pieper wiedergibt. Verglichen wird dort Ethik mit einem Kompass als Hilfsmittel, den richtigen Weg zu finden: „... Ethik ist nicht unmittelbar praxiswirksam, hat aber gleichwohl entscheidende Bedeutung für die menschliche Praxis.“

Institutionalisierte Ethikvermittlung

Der Deutsche Ethikrat ist ein durch Bundesgesetz etabliertes und unabhängiges Gremium von 26 Frauen und Männern, die verschiedene Wissenschaftsdisziplinen vertreten. Sie dürfen keiner Regierung und keinem Gesetzgebungsorgan angehören. Sie haben die Aufgabe, Empfehlungen für politisches und gesetzgeberisches Handeln zu erarbeiten und darüber auch die Öffentlichkeit zu informieren. Zu aktuellen Themen gehörten zum Beispiel Babyklappen, Biowaffen, Organtransplantationen, Stammzellenforschung und Sterbehilfe, also alles Problemstellungen mit größter ethischer Relevanz.

Außerdem gibt es seit 2001 eine

Regierungskommission mit Namen Corporate Governance. In diesem Gremium sollen Wissenschaftler und Top-Manager über Regeln für Großkonzerne beraten, so Standards zur „Guten Unternehmensführung“, zum Kampf gegen Korruption oder zur Vermeidung von Gehaltsexzessen entwickeln. Es sind dann aber Regeln, die sich die Wirtschaft selbst gibt, die der Gesetzgeber nicht durchsetzen kann.

Als Ausfluss dessen oder aus eigener Initiative haben sich insbesondere Aktiengesellschaften ein Compliance Management zugelegt. Es soll allen Unternehmensbeteiligten neben anderen Aufgaben auch vermitteln, dass regel- und gesetzeskonform, also auch ethisch korrekt, zu handeln ist.

Theologen, Mediziner und auch Juristen haben in ihre Fachsprache viele lateinische Begriffe aufgenommen. Sozialwissenschaftler als Angehörige einer recht jungen Disziplin bevorzugen dagegen Vokabeln aus dem Englischen. So auch Diversity Manage-

Anzeige

BRUNOX®
Waffenpflege ist
- Laufreinigung
- Korrosionsschutz
- und Schmierung

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis:
BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/ 961 2904; Fax / 961 2913

THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % %
Informieren Sie sich! % % %
Telefon: (02207) 76 77 % % %
www.fahrzeugkauf.com

www.polizeifeste.de
Alle Polizeifeste
der GdP auf einen Blick!



Grenzgang

Beim Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der NRW-Polizei (LAFP/NRW) in Selm, früher BPA I Bork, sind im Hörsaaltrakt einer ehemaligen Hundertschaft vier Themenräume eingerichtet worden. Die Texte und Illustrationen befassen sich mit ethischen Fragen wie:

- Sind in der Gesellschaft wirklich alle gleich?
- Polizei und Gewalt
- Polizei in Extremsituationen
- Umgang mit Sterbenden und Toten

Bevor sich jedoch Studierende, Seminarteilnehmer oder Besucher auf die Texte und Bilder einlassen, muss am Eingang ein „Hindernis“ mit zu treffenden Entscheidungen überwunden werden: Auf den Fliesen im langen Flur liegt ein bekleideter Mensch. Offensichtlich eine hilflose Person, betrunken, ohnmächtig, verletzt oder gar tot? Im Jargon auch „Penner“, „Berber“, „Obdachloser“ oder „auf Platte“ genannt, wie sie oft im polizeilichen Alltag angetroffen werden.

Die Fragen zur Entscheidung lauten: „Wie spreche ich den Menschen an?“ „Wie kriege ich ihn wach und auf die Beine?“ „Behandle ich ihn wie meinesgleichen sanft und verständnisvoll (oder erhält er einen Fußtritt in die Rippen!)?“ „Was mache ich mit ihm?“

Das sind nicht nur Fragen nach polizeilichen Eingriffsbefugnissen, sondern auch solche nach ethisch einwandfreien Handlungsweisen. Ein gedanklicher „Grenzgang“ ist zu vollziehen.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Artikel 1 des Grundgesetzes (GG) setzt damit auch die Grundlage einer Berufsethik in der Polizei.

Dieter Block

ment. Gemeint ist die positive Bewältigung und konstruktive Nutzung der sozialen, der menschlichen Vielfalt in Unternehmen. So soll eine Kultur der gegenseitigen Wertschätzung entwickelt werden, die auch dem Ziel einer betrieblichen Gesundheitsförderung in körperlicher und psychischer Hinsicht dienen soll. Das ist humaner und ethischer als wenn nur vom Arbeitspotenzial gesprochen wird.

In vielen Krankenhäusern haben sich Ethik-Komitees gebildet. Sie beraten Patienten, deren Angehörige und das eigene Personal. Dabei geht es oft um Weiterleben mittels Apparatemedizin oder Abschalten, die Feststellung, ob ein Patient noch lebt und mit welchen Folgen, oder den Vollzug einer Patientenverfügung.

Auf EU-Ebene existiert eine spezielle Arbeitsgruppe. Sie soll „Verhaltenskodici“ auch zur Gleichbehandlung aller EU-Bürger machen, was ja wieder ein Ethik-Thema wäre.

Elternhaus, Kindergarten, Schule haben neben der Wissensvermittlung den gesellschaftlichen Auftrag, Erziehung mit Wertevermittlung zu leisten. Unsere Kirchen und andere Religionsgemeinschaften bemühen sich, ihre Mitglieder nicht nur an den transzendentalen Glauben heranzuführen. Sie sind ebenso bestrebt, die Menschen mit ethischen Werten zu rüsten, die ein friedliches und verständnisvolles Miteinander ermöglichen.

In der Polizei gehört berufsbegleitende Ethikvermittlung in der Ausbildung und in der Praxis traditionsgemäß zum Fächerkanon. Oft sind es haupt- oder nebenamtliche Geistliche, aber ebenso Polizeibeamte oder Nichttheologen, die als Lehrende wirken.

Inhaltlich ging es früher nicht so berufsnah und anschaulich zu, wie im „Grenzgang“ skizziert, aber dennoch hilfreich für viele Berufs- und Lebenslagen. Professor Tobias Trappe von der FHSINRW hat seine Ausführungen dazu sogar mit „Ethik: das beste Fach überhaupt“ überschrieben (siehe DP 8/2012).

Die Einsicht, dass Polizeiangehörige einer dienstbezogenen ethischen Orientierung bedürfen, ist in der Tatsache begründet, dass sie mit Eingriffsbefugnissen bis hin zu Grundrechtseinschränkungen ausgestattet sind. Wer so mit den höchsten Werten unserer Gesellschaft im Konfliktfall kon-

frontiert wird, bedarf gewiss einer eigenen ethischen Festigkeit. Außerdem sind Polizeibeamtinnen und -beamte oft physischen und psychischen Belastungen ausgesetzt, die nur mit eigenen ethischen Grundüberzeugungen und eventuell nur mit seelsorgerischer Nothilfe verkräftbar werden.

Widersprüchliches Fazit

Trotz aller Bemühungen von vielen Seiten bleibt die Frage: Boomt Ethik wirklich? Einerseits: Die Mordserien der linksextremen RAF oder des rechtsfaschistischen NSU, die weltweiten Massenmorde aus religiösen oder ideologischen Motiven, die sklavenhalterische Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, die Gier zur eigenen Bereicherung auf Kosten anderer, die Diffamierung von legalen und illegalen Zuwanderern, Kriminelle wie rücksichtslose Verkehrsteilnehmer, die täglichen Würdeverletzungen im menschlichen Umfeld, entbehren jeder ethischen Korrektheit. Dazu passt ein Zitat von Gottfried Benn (1886-1956), Arzt und hochgeschätzter Poet: „Die Krone der Schöpfung das Schwein, der Mensch“ (mit und ohne Kommasetzung interpretierbar).

Andererseits: Trotz oder gerade wegen dieser pessimistischen Perspektive sind Lichtblicke erlaubt. Es gehört zur abendländischen Tradition, dass Menschen ihre Erfahrung, ihr Wissen, ihre Fähigkeiten, ihr Engagement anderen selbstlos zur Verfügung stellen. Nicht von ungefähr wird solche segensreiche Arbeit als EHRENAMT bezeichnet. In Deutschland sind an die 20 Millionen Frauen und Männer neben oder nach ihrem Erwerbsleben ehrenamtlich tätig, in karitativen Organisationen und Vereinen, in Politik und Gewerkschaften, als unmittelbare Nachbarschaftshilfe.

Die christliche Nächstenliebe, auch ein Gebot des Dekalogs, der weltliche Altruismus bereichern den Gebenden und verhelfen den Nehmenden zu einem würdevollen Leben. Es ist eine ethisch motivierte Win-Win-Situation, weil beide Seiten ihren ideellen und praktischen Vorteil davon haben.

Diskussionsmöglichkeit mit dem Autor über: dieter.block@t-online.de



Soziale Kompetenz

Vertrauen
Wertschätzung
SOZIAL

TOLERANZ

PERSÖNLICHKEIT
MOTIVATION
Menschenkenntnis

Anerkennung
TEAMWORK
Fähigkeiten
RESPEKT
Lob
Lösungen
Ziele



FÜHRUNG

Foto: DOCmedia/ddp

In Arbeitszufriedenheit investieren

Von Dr. Lothar Röhrig, Mitarbeit: Michael Zielasko

Einigermaßen zufriedene Mitarbeiter leisten bessere Arbeit, reduzieren Kosten und setzen sich für eine gute Qualität ein: Gute Manager wissen das. Investitionen in Arbeitszufriedenheit (AZ) lohnen sich also. Das Maß an Arbeitszufriedenheit könnte künftig sogar ein wettbewerbsentscheidender Faktor sein. Kosten steuern ja alle, Qualität immer noch die meisten, doch bei der Förderung der Arbeitszufriedenheit lichten sich die Reihen. Der öffentliche Dienst (öD) verspürt diesen Wettbewerbsdruck indes weniger intensiv. Doch auch dort laufen die Kosten davon und die Probleme nehmen zu. Wäre es schon provokant zu behaupten, kundenorientierte Qualität oder AZ scheinen im öD noch eine geringere Bedeutung zu haben? Wenn dem so ist, dann aber wohl die längste Zeit. Gerade Polizistinnen und Polizisten benötigen für ihre schwierige Aufgabe eine Motivation, die aus dem Inneren der Persönlichkeit stammt: Arbeitszufriedenheit kann diese wichtige mentale Grunddisposition nachhaltig befeuern.

Das öffentliche Leben, die Wirtschaft und die Verwaltung werden heute immer dynamischer. Politische Umbrüche, sich näher kommende Staaten sowie neue und flexiblere Wirtschaftsstrukturen zeigen einen deutlichen Einfluss auf die Menschen. Das drückt sich übrigens auch in der aktuellen Debatte

und Aufgabe aus, Flüchtlingsströme zu bewältigen. In dieser zunehmend verzahnten Welt verlieren unterdessen Personalvertretungen an Einfluss: Es gibt ein Überangebot des „Betriebsmittele“ Mensch und dessen Arbeitskraft. Gleichwohl müssen sich die Menschen mit steigenden Ansprüchen auseinandersetzen. Das Profil der Zukunft wird

womöglich durch folgende Rahmenbedingungen geprägt:

- Systeme werden immer komplexer,
- Veränderungsprozesse nehmen schneller Fahrt auf,
- Anforderungen an Mitarbeiter und Vorgesetzte steigen,
- Kunden fordern mehr,
- Ressourcen werden knapper,
- Tätigkeiten verlieren zunehmend ihren Sinn,
- systembedingte Verschlechterungen laufen automatisch ab.

Unter dem Strich bedeutet dies für die Beschäftigten – die Arbeitszufriedenheit wird wichtiger.

Trend zu innerer Kündigung

Wer soll denn künftig das Projekt Arbeitszufriedenheit handeln können – außer innovativen, flexiblen, eigenverantwortlichen und selbständigen Funktionsträgern? Die Erkenntnis wächst,



THEMA VERKEHRSRECHT



Verkehrsrecht

StVO, Zulassungsrecht, Fahrerlaubnisrecht und Verkehrsstraftaten in Ausbildung und Praxis
Von **Bernd Brutscher** und **Karl-Peter Conrads**

19. Auflage 2013

Umfang: 552 Seiten / **Format:** Broschur, Format DIN A5

Preis: 29,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0715-4

Das vorliegende Buch stellt das heute notwendige Wissen im Fachbereich Verkehrsrecht von den Verhaltensvorschriften der StVO, über das Zulassungsrecht von Personen und Fahrzeugen bis hin zu den Verkehrsstraftaten dar. Der Inhalt ist dem neuesten Stand der Gesetze und der Rechtsprechung angepasst. Besonderes Augenmerk haben die Autoren dabei auf die am 1. April 2013 in Kraft getretene Neufassung der StVO gelegt.



Prüfungswissen Verkehrsrecht

Lernhilfen, Tests und Klausuren mit Lösungen
Von **Bernd Brutscher** und **Karl-Peter Conrads**

1. Auflage 2013

Umfang: 208 Seiten

Format: Broschur, Format 16,5 x 24 cm

Preis: 19,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0637-9

Grundlage dieses Buches sind die vier Auflagen des bisher unter dem Titel „Musterklausuren Verkehrsrecht“ erschienen Buches. Neben der inhaltlichen Aktualisierung unter Berücksichtigung der Neufassung der Straßenverkehrsordnung und der neuen Bestimmungen zum Fahrerlaubnisrecht, mit insbesondere den neuen Klasseneinteilungen und dem Besitzstandsrecht, wurde ebenso versucht, die neuen Studienreformen und -inhalte mit in dieses Übungsbuch einzubeziehen, ohne die altbewährten Übungsformen über Bord zu werfen und ohne den Schwerpunkt der Klausurbearbeitung zu verwässern.



DIE AUTOREN

Karl-Peter Conrads, Erster Polizeihauptkommissar a.D., unterrichtet seit fast 40 Jahren im Fachgebiet Verkehrsrecht, während der letzten 10 Jahre an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW.

Bernd Brutscher, Erster Polizeihauptkommissar, hat in über 40-jähriger beruflicher Praxis, wie auch durch Lehr- und Dozententätigkeiten in der Aus- und Fortbildung der Polizei, umfangreiches verkehrsbezogenes Wissen erworben.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseprobe und Bestellmöglichkeit unter: www.VDPolizei.de

dass human und sachlich angemessene Zusammenarbeit die entscheidende Ressource für Veränderungen ist, denn: innerhalb arbeitsteilig zu erbringender Gesamtleistungen von Organisationen kommt es auf den adäquaten Leistungsbeitrag jedes Mitarbeiters an.

Dagegen stehen Prozesse, die landläufig als innere Kündigung bezeichnet werden. Medizinisch verknüpft wird diese bedauerliche wie offenbar zunehmende Einstellung heute häufig mit dem sogenannten Burn-out-Syndrom. Die Hemmschwelle, krank zu feiern, sinkt zudem. Mitarbeiter finden sich in ihrer Arbeit nicht wieder, Verursacher dessen ist ein – zumindest so empfundenes – Versagen der Führung. Das bedeutet, zunächst kündigt das Unternehmen. Manche nehmen die Kündigung an und andere nicht, leiden aber über viele Jahre unter diesem Klima.

Mangelnde Wertschätzung

Wirklich neu ist das nicht. Insbesondere von Personalräten und Gewerkschaften wird die herrschende Unzufriedenheit am Arbeitsplatz seit langem offen angesprochen. Es ist ja nicht so,



Wenn die „innere Kündigung“ droht.
Foto: ddp images



Führung ist kein Glücksspiel.
Foto: Robert Blombäck/dpa

dass nicht auch Vorgesetzte ein Interesse daran hätten, Führung unter dem Gesichtspunkt der Mitarbeiterinteressen zu verbessern. Jedoch scheinen die alten Konzepte nicht mehr richtig zu funktionieren. Knackpunkte dürften unabhängig von früheren Konzepten empirisch nachgewiesene Klagen über mangelnde Wertschätzung und Ach-

tung sein. Ebenso die Einschätzung, dass Vorgesetzte immer weniger bereit seien, sich für ihre Leute einzusetzen, dazu noch mangelnde Kritikfähigkeit, ein schwaches Beschwerdemanagement sowie der unbefriedigende Umgang mit Vorschlägen.

Die Interaktion zwischen Vorgesetzten und Mitarbeitern hat offenbar nicht die erforderliche Qualität, um Missverständnisse zu reduzieren, Transparenz und tragfähige Beziehungen zu schaffen, um so Kosten zu minimieren und Qualität zu steigern.

Von Neuerungen die Nase voll

Wahrhaftig auf den Nerv gehen Mitarbeitern ständige Neuerungen und Veränderungen. Die Beschäftigten haben schlicht die Nase voll. Die Bereitschaft mitzumachen, tendiert gegen null. Zumal die meisten glauben, dass sich nichts verbessert. Es schwelt eine Sehnsucht nach Ruhe und Verlässlichkeit. Vorgesetzte können diesen Verdross nicht kompetent auffangen. Sie glauben noch viel zu oft, dass sich der Frust auf Bezahlung und Aufstieg

gründet, also Bereiche, die sich ihrem direkten Einfluss weitgehend entziehen. Sie behelfen sich dann selbst und verharren mehr und mehr in einer Abwartehaltung. Sie entscheiden nicht oder fallen sogar in überholte autoritäre Strukturen zurück. Besser wird es dadurch nicht.

Eine zusätzliche Dimension kann sich für Polizeibeamtinnen und -beamte dadurch auf tun, dass ihr Berufsbild repressives Handeln gegenüber Bürgerinnen und Bürgern erfordert. Harmonisch läuft das nicht sehr oft ab. Womöglich tritt da das ein oder andere unangenehme Selbstgefühl auf die Bühne. Derjenige, der denkt, man werde als Polizei eigentlich nicht gemocht oder nicht akzeptiert, – obwohl Umfragen durchaus anderes beweisen – wird dann die für die eigene psychische Gesundheit wichtigen „Streicheleinheiten“ eben innerhalb der eigenen Organisation suchen. Da aber liegt der Hase im Pfeffer. Gerade der Wach- und Wechseldienst fühlt sich vernachlässigt. Das heißt, weder im Innerdienstlichen noch im Kontakt mit dem Bürger ist bereiteter Boden für so etwas wie Anerkennung und



Wertschätzung. Kann das eine normale Psyche lange aushalten? Welche Verantwortung und Fürsorgepflicht ergibt sich dabei für die Führung?

Motivations-Märchen

Geht man davon aus, dass Vorgesetzte auch die Aufgabe der Mitarbeitermotivation voll ausfüllen sollen, sitzt man einem Märchen auf. Vor dem Hintergrund einer unterstellten Unlust des Mitarbeiters, seine volle Arbeitskraft einzusetzen, wird kontrolliert, werden Anreize geschaffen, tatsächlich auch Motivierungsversuche gestartet. Grundlage dessen ist aber stets Misstrauen.

Wenn Kapital und Arbeit getrennt sind, ein festes Gehalt für eine nicht bekannte Menge an „Arbeitsleid“ bezahlt wird, so ist die einzige variable Größe das Arbeitsleid. Deshalb sind fast alle unzufriedenen Mitarbeiter daran interessiert, ihr tägliches Leid zu reduzieren. Es ist also relativ leicht, sie für Ablauforganisationsverbesserungen, Vereinfachungen und die Kultivierung der Sinnhaftigkeit zu gewinnen – nicht allerdings für den täglichen, latenten Vorwurf des Betruges und der Faulheit – und schon gar nicht für mehr Quantität. Das gleiche Los trifft übrigens auch die Vorgesetzten in der aktuellen Situation. Es ist auch hier so, dass „Führungsleid“ mit einem festen Gehalt vergütet wird. Variabel

Dr. Lothar Röhrig hat eine Vita, die schon ein kleines Buch füllen könnte. Der gelernte Buchdrucker, spätere Fach- und Psychologielehrer an einer Polizeischule, Trainer und Supervisor war unter anderem tätig im Qualitätsmanagement bei der Polizei NRW. 1996 promovierte der heute 67-Jährige an der Universität Essen im Fach Psychologie. Der im nordrhein-westfälischen Hamm gebürtige Dozent erwarb Zusatzausbildungen in Gesprächstherapie, kognitiver Verhaltenstherapie, mentaler Trainingsmethoden für spezifische Tätigkeitsfelder, als Trainer für gewaltfreie Kommunikation, als Fahr- und Sicherheitstrainer sowie in Moderationstechniken. Bis heute arbeitet er als selbstständiger Berater und bildet zudem Konfliktmanager sowie Mediatoren aus. Untertourig scheint Röhrig also kaum unterwegs zu sein, denn 1980 errang der Mann aus dem Ruhrgebiet die Meisterschaft im Deutschen Rundstreckenpokal in der Tourenwagenklasse. **MiZi**



Foto: Privat

ist das Leid und langfristig das Gehalt. Führungskräfte folgen indes in ihrer Mehrheit der Philosophie, häufiger die Funktion zu wechseln und für ihre Karriere maximal drei bis fünf Jahre an einer Stelle zu bleiben. Die Durchsetzung längerfristige Konzepte ist damit kaum möglich.

Damit stellen das Vorgesetztenverhalten und die Interaktionen in der Behörde die Schlüsselproblematik dar. Sollten Vorgesetzte vielleicht einen Mittelweg zwischen „aufgabenorientiert“ und „mitarbeiterorientiert“ einschlagen? Dieser Ratschlag ist nicht wirklich falsch und nicht richtig gut. Ein gleichmäßiger Mittelweg trägt den vielen differenzierten, persönlich wirkenden Faktoren nicht genug Rechnung. Eigentümlichkeiten der Mitarbeiter, Vorgesetzten, der Beziehungen, der Gruppe, der Art der Aufgaben und andere variierende Faktoren machen eine Generalisierung unmöglich. Verbesserungen und Interventionen müssen daher individuell ansetzen.

Fördern und verbessern

Soziale Kompetenz ist der Schlüssel zur Förderung von Arbeitszufriedenheit. Benötigt wird die Fähigkeit, einen Kompromiss zwischen Selbstverwirklichung und sozialer Anpassung zu finden. Gänzlich unterschiedliche Ansätze stehen zur Auswahl:

Reise & Erholung

wasser-craft
rafting canyoning ostal

Sommer Abenteuer bei uns
TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour
1x grillen am Lagerfeuer und
2 ÜF / Pension, DU-WC
Preis pro Person ab € 161
Ermäßigungen f. Polizeigruppen

office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at
Telefon: 0043 5252 6721

Urlaub auf dem Bauernhof im Berchtesgadener Land, Obb., 4*** Fewo's, ruhig u. sonnig, Pony, tolle Ausflugsmögl., Nähe Salzburg, für 2-4 Pers., von 28,- bis 60,- € plus ger. Nebenkosten
Tel. 0 86 56 8 37, www.obermoarhof.de

Mittlerer Schwarzwald

Exkl. eingerichtete Komfort-Fewos, 50-90 m², für 2-6 Pers., ab 35 €/Tag, (Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unserem Schwarzwaldtal viele interessante Ausflugsmöglichkeiten (z. B. Europapark, Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Triberger Wasserfälle) in nächster Umgebung und **Natur pur**. Hausprospekt unter Tel. 0 78 23/9 65 65, Fax 9 65 66
Machen Sie sich ein Bild unter www.mittelschwarzwald.de
Sie werden begeistert sein!

Bayerischer Wald, komf. FeWo**** v. Kollegen ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax: 0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

Fehmarn/Ostsee
2-Raum-FeWo. für 4 Pers., am Südstrand, 50 m z. Promenade, Kabel-TV
Preise gem. Saison
Telefon: 040/6784581
www.fehmarn4family.de

Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf Ferienchalet Heidehof

Zollkollege bietet komf. Fewos für 2-6 Pers. in schöner Jugendstilvilla. Fahrradverleih, Dreiländereck, D/PL/CZ, Fam. Zein, Tel.: 03 58 44/7 27 23.
www.heidehof-jonsdorf.de

MAURITIUS, LUXUSANLAGE VON PRIVAT
Ab € 76,- p. P. / Tag / HP, 0 21 58-40 08 05
www.mauritius-traumvilla.de

Berlin-Mitte, Fewo bis 5 P., 2 Schlafz., Wohnz. mit Balkon, TV, Küche, Bad, S- und U-Bahn Nähe. Ab 40 €/Tag.
Tel. 0 30/4 02 66 93

Nordfriesland (dän. Grenze), **Nähe Sylt**, 3*-NR-FeWo., 2-4 Pers., ab 37,- €, 0 46 63/71 96, www.nordfriesland-fewo.de

Franken b. Bamberg, eig. Metzgerei. Menüwahl, Wald u. Berge, Lift, 75 Betten, DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 155,- €. Tel. 0 95 35/2 41, zur-sonne-urlaub.de/Prospekt anford.

THAILAND www.royalsiamgolf.de
(Ermäßigungen für Polizei u. a.)

<http://ferienhaus-am-gardasee.123imwww.com>

Adria Riccione, Familienhotel Ermeti, 40 m vom Strand, Frühstücksbuffet, Menüwahl, Parkpl.; Familienrabatte und gdp-Rabatt: 3%; www.hotelermeti.it

Wiggli Rafting
Rafting, Canyoning, Klettersteig, Mini-Raft, Caving
Waldseilpark, Biken, 3500 m2 Fun Wiese, Area 47

Individuelle Programmzusammenstellung und Betreuung
Basis im Dorfkern am Wasser mit Chill-Out Wiese für gemütliches Bierchen am Abend.
Eigene Zimmer an der Basis, Besuch der weltbekanntesten Area 47

Organisator frei!!!

Telephone: 0043 526688080
E-mail: office@wiggli-rafting.at
www.wiggli-rafting.at



So beispielsweise der eines rational-normativen Führungsstils. Für die Praxis bedeutet dies, dass relativ viel formal geregelt wird und der individuellen Ausprägung Anweisungen, Führungsleitlinien und andere Organisationsschranken entgegengestellt werden. Damit soll der Zufälligkeit, der mehr oder weniger gut ausgeprägten Freiwilligkeit und der unbeabsichtigten Alltagswillkür entgegengewirkt werden. Es besteht allerdings auch die Gefahr, dass die Vorgänge starr und teuer werden und schließlich auch der Zufall durch Irrtum und Wirkungslosigkeit abgelöst wird.

Andererseits existiert die Auffassung, dass Führung sich in erster Linie um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kümmern müsste. Aus der Sicht von Führungstheoretikern ist das der Unterschied zwischen aufgabenorientierter und mitarbeiterorientierter Führung. Sinnvoll erscheint heute – und darüber herrscht in der Wissenschaft Einigkeit – nur ein – hier funktionierender – Mittelweg zwischen diesen Richtungen; eine gangbare Mitte, die nicht statisch und gleichmäßig, also jeden Tag gleich, sondern individuell auf die Bedürfnisse des Vorgesetzten und auf die des jeweiligen Mitarbeiters abgestimmt ist.

Datenfluss verbessern

Welche Bedeutung hat da das Mitarbeitergespräch (MAG) innerhalb des Systems? Sinngemäß legt es den Mitgliedern einer Organisation einen verpflichtenden Rahmen auf, solche Gespräche mindestens einmal im Jahr oder situativ häufiger zu führen. Kommunikationswissenschaftler sähen dies als eine erhebliche Verbesserung des Datenflusses. In hierarchischen Organisationen wie der Polizei finden vor allem „von-oben-nach-unten“-Kommunikationsstrukturen statt. Dabei kann es zu erheblichen Störungen kommen. Je opportunistischer die Mitarbeiter und autoritärer der Führungsstil, je größer die erwartbare Störung. Die Kommunikation in der Gegenrichtung, von unten nach oben, findet dagegen häufig genug gar nicht statt oder ist erheblich verfälscht oder blockiert. Das situationsangepasste Mitarbeitergespräch kann einen Teil solcher Mängel aufheben. Das System MAG sollte ein tragbares Gleichgewicht zwischen den Bedürfnissen der Mitarbeiter und der Organisation entstehen lassen.

Praxis setzt Grenzen

Weiteres Ziel muss es sein, alle Bediensteten in die Lage tauglicher Problem- und Alltagsbewältigung zu versetzen und die Regelbedingungen bereitzustellen, die diesem hohen Anspruch gerecht werden können. Das wird nicht ohne Fortbildung möglich sein. Gewaltfreie Kommunikation, aktives Zuhören, Verbalisierung von emotionalen Erlebnisinhalten sind als Kompetenzen – vor allem eben für Vorgesetzte – erforderlich. Geschieht Führung aber in der hier geforderten

gar nicht oder nur in der Art, wie sie Gespräche schon die Jahre zuvor geführt haben. Sie sind in der Mehrheit davon überzeugt, dass sie mit ihren menschlichen Qualitäten schon genug positive Ergebnisse erzielen können. Das ist ein bedauerlicher Trugschluss.

Nur durch regelmäßige AZ-Messungen (etwa alle sechs Monate) kann der Prozess abgesichert werden. Vorgesetzte bekommen dabei genaue Einblicke in die von Mitarbeitern gesehenen Probleme und können gezielt und strukturiert vorgehen. Unwillige und Unwirksame fallen mit der Zeit



*Nicht jede Idee ist ein Volltreffer.
Foto: picture/beyond/dpa*

Qualität, so wird es möglich, jeden Einzelnen so zu fördern, dass optimale Leistung bei hoher Arbeitszufriedenheit eintritt. Die Gesamtleistung einer Organisationseinheit lässt sich so in erstaunlichem Ausmaß weiterentwickeln.

Die Grenzen dieses attraktiven Vorgehens setzt indes die Praxis. Dort ist die Gruppe der Beteiligten keineswegs homogen. So findet man Visionäre und Missionare, aktive Gläubige, Opportunisten, Abwartende und Gleichgültige als übrigens größte Gruppe, Untergrundkämpfer, offene Gegner und widerständlerische Emigranten. Zudem könnten Veränderungsmuffel sogar – in kleiner Zahl jedoch – die Organisation verlassen.

Same procedure ...

Problematisch ist es weiterhin, dass ein großer Teil der Vorgesetzten keine ausreichenden MAG-Ergebnisse erzielen wird. Die geplanten Mitarbeitergespräche führen sie entweder

auf und können speziell unterstützt werden. Eine sichere signifikante Verbesserung wird so möglich.

Diskrepanzen zwischen Ist und Soll

Wie aber genau messe ich Arbeitszufriedenheit? Prinzipiell wird am Arbeitsplatz ein ständiger Abgleich zwischen Soll und Ist vorgenommen. Weicht das Ist deutlich vom Soll ab, ergibt sich eine Diskrepanz. Diese Unwucht ist eine Quelle für Unzufriedenheit, Fehlzeiten, Fluktuation, Leistungseinbruch und sogar Qualitätsmängel und Kundennunzufriedenheit, denn: das Elend wird ja weitergetragen. Diskrepanzen werden vermutlich nicht von den realen Bedingungen ausgelöst, sondern von dem, was die Betroffenen über jene denken und empfinden, so gilt dies auch für die Vorgesetztenmeinung. Nur so scheint erklärlich, dass bei tatsächlich immer besser werdenden Arbeitsbedingungen die Arbeitszufriedenheit gleichbleibt oder absinkt. Anzunehmen ist dabei,



FÜHRUNG

dass sich Sollwerte, Bewertungen und Ansprüche sich ebenso verändern wie die tatsächlichen Arbeitsbedingungen. Arbeitszufriedenheit ist das Ergebnis eines mehrfachen Vergleichs zwischen Ist, Soll, Bewertung und Anspruch. Das müssen dann auch die obligatorischen Inhalte für Mitarbeitergespräche sein: Was nimmst du war? Was bedeutet das für dich? Welche Ansprüche stellst du an mich, an die Organisation? Ist das realistisch? Was kann ich tun, was du? Mit welchen Dingen müssen wir uns abfinden?

Arbeitszufriedenheit in Ziele einbinden

Operative Ziele sollten operationalisierbar, das heißt überprüfbar sein. Sonst sind sie als Steuerungsmittel ungeeignet und im Einzelfall kontraproduktiv. Das gilt natürlich auch für die Arbeitszufriedenheit. Sicherheitsgefühl oder Bürgernähe sind wie auch die Zufriedenheit am Arbeitsplatz nicht einfach zu zählen oder zu wiegen. Dazu sind geprüfte Messinstrumente erforderlich. Und die liegen längst vor.



gewohnheiten, Rollenklarheit, Delegationsgewohnheiten zu gewinnen. Damit sind alle die Argumente wie „zu teuer“ oder „zu aufwändig“ entkräftet.

Arbeitszufriedenheit muss also Bestandteil der operationalen Zielvorgaben sein: Ist es nicht vernünftiger, billiger und menschengerechter gleich damit anzufangen?

Sie können ohne große Kosten genutzt werden. Durch ein vereinfachtes Verfahren ist es inklusive Ausfüllen und Auswerten in nur einer halben Stunde möglich, umfangreiche Informationen beispielsweise über Kritik-

Hinweis der Redaktion: Die Langfassung des Textes ist als Download der Online-Ausgabe DP März verfügbar.

Kapitalmarkt

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500
Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.

Beamendarlehen erneute Zinssenkung Mai 2013

4,50% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
Es, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 175189-25
Info@AK-Finanz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.
Außerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldsversicherung.

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

<p>Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite</p> <p>Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.</p> <p>Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:</p> <p>IFS Hans-Joachim Janke Königswall 1 • 44137 Dortmund www.ifs-janke.de • Tel. 0231/9 14 51 45</p>	<p>BARGELD noch HEUTE! Tel. 02 01/22 13 48</p> <p>Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH Kredite von 1000–100 000</p> <ul style="list-style-type: none"> • Laufzeit bis 240 Monate • ohne Auskunft bis 10 000 <p>45127 Essen · Gänsemarkt 21 www.pecunia-essen.de</p>	<p>Caritas international <small>www.caritas-international.de Spendenkonto 202 753 Postbank Karlsruhe, BLZ 660 100 75</small></p> <p>Diakonie Katastrophenhilfe <small>www.diakonie-katastrophenhilfe.de Spendenkonto 502 707 Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70</small></p>	<p>Diakonie Katastrophenhilfe</p> <p>www.diakonie-katastrophenhilfe.de Spendenkonto 502 707 Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70</p>
---	---	---	--

125 JAHRE
NÜRNBERGER
VERSICHERUNG

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtdarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholz
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Wesela



TOP 1: Hamburger Krawalle

Unter dem Eindruck der Hamburger Krawalle Ende des Jahres trafen sich die Mitglieder des Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei (BFA BePo) im Januar zu einer zweitägigen Sitzung in der Berliner Geschäftsstelle des GdP-Bundesvorstandes. BFA-BePo-Gast Marcel Szpadzinski, niedersächsischer Kollege und kurz vor Weihnachten vor Ort in der Hansestadt, berichtete aus erster Hand über den viel diskutierten Einsatz.

2012 im Amt befindliche Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, Wolfgang Lohmann. In einer lebhaften Debatte diskutierten Gewerkschafter und der Vertreter des Dienstherrn in konstruktiver Atmosphäre über augenfällige Differenzen zwischen Soll- und

Neben einer beeindruckenden Schilderung des massiven Gewaltausmaßes gegen die Einsatzkräfte stellte Szpadzinski Mängel in der Versorgung sowie das Problem fehlender Entsorgungsmöglichkeiten dar. Die Einsatzdauer von etwa 20 Stunden hätten er und seine Kolleginnen und Kollegen als grenzwertig empfunden.

Unter Leitung des BFA-BePo-Vorsitzenden Bernhard Schmidt wurden von den Bereitschaftspolizei-Experten aus den Ländern und der Bundespolizei ebenso die bundeseinheitliche 1-1-Abgeltung der Bereitschaftszeiten bei länderübergreifenden

Unterstützungseinsätzen intensiv erörtert wie bestehende Probleme mit der Körperschutzausstattung, was vor allem die Tragezeiten, das hohe Gewicht, geschlechtsspezifische Passformen

POLIZEI IM SPANNUNGSFELD



Gruppenbild mit Inspekteur: (v. l.) BFA-BePo-Vorsitzender Bernhard Schmidt, Wolfgang Lohmann, Jörg Radek, für die Bereitschaftspolizei im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand zuständig, und Jürgen Herdes, stellv. BFA-BePo-Vorsitzender. Foto: Michael Zielasko

und das teils schwierige Erreichen der Schusswaffe bei angelegtem Körperschutz, thematisiert.

Seinen Antrittsbesuch beim BFA-BePo absolvierte der seit Mitte August

Ist-Stärken der BePo-Kräfte, die zunehmende Gewaltbereitschaft gegenüber den Kolleginnen und Kollegen wie die immer noch grassierende hohe Einsatzbelastung. **MiZi**

HANDOUTS

Neuer Service – nicht nur für Smartphone-Besitzer

Die Neuauflagen der GdP-Handouts „Führerscheinklassen“, „Gefahrgutlepporello“ und „Sozialvorschriften im Straßenverkehr“ haben zu einer großen Nachfrage geführt. Um alle Anfragen zeitnah und zur Zufriedenheit unserer Mitglieder zu beantworten, hat die GdP ein Online-Bestellformular entwickelt, das auf www.gdp.de unter dem Menü „GdP-Infothek“ – auch mittels eines QR-Codes – abzurufen

ist. Einfach das gewünschte Handout ankreuzen, Stückzahl und Versandadresse eintragen und abschicken.

Die Online-Bestellung über den QR-Code ist eine Vereinfachung für alle Smartphone-Besitzer. Natürlich besteht auch weiterhin die Möglichkeit, die Handouts über den jeweiligen Landesbezirk zu erhalten. Das neue Verfahren soll dazu dienen, noch schneller und gezielter Bestellungen

zu bearbeiten. Die GdP-Handouts sowie der Versand sind selbstverständlich kostenlos für alle GdP-Mitglieder. **cw/MiZi**



forum kriminal- prävention



Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention



Buchtipps
Neues aus der Wissenschaft
Gewalt an Schulen
Jugenddelinquenz
Erziehung und Pädagogik
Kommunale Prävention
Einbruchsprävention
Sicherheitstechnik
Prävention in Europa
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –
forum kriminalprävention für nur

19,-€
jährlich,
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen Sie heute Ihr Abonnement **forum kriminalprävention** um besser informiert zu sein. Als Dankeschön für Ihre Bestellung erhalten Sie diese LED-Lampe für Ihren Schlüsselbund, die Sie auf jeden Fall behalten dürfen. Weitere Informationen über die Zeitschrift und die Stiftung erhalten Sie auf www.vdpolizei.de (auch online-Bestellungen)

Name, Vorname

Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer

Plz, Ort

Telefon/Telefax

E-Mail

Datum, Ort

1. Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort

2. Unterschrift

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalenderjahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abo-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5 € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a • 40721 Hilden
Tel.: 0211/7104-188 • Fax: 0211/7104-4188

Hoffnungslos: Verbot von Anscheinswaffen

Reisende flüchteten in einen Fußgängertunnel oder warfen sich zu Boden, als Bundespolizisten auf einem Bahnsteig mit vorgehaltenen Dienstwaffen einen Mann aufforderten, seine halbautomatische Waffe abzulegen, in die er offensichtlich gerade ein mit Munition gefülltes Magazin einführen wollte. Verwirrt legte der junge Mann seine Waffe zögerlich neben sich auf die Sitzbank. Die Bundespolizisten konnten ihn überwältigen und entwaffnen. Was Mitte September für Aufregung auf dem Magdeburger Hauptbahnhof sorgte, stammte aus einem in der Nähe gelegenen Ladengeschäft, in dem der 16-Jährige zuvor eine Nachbildung des Sturmgewehrs G 36 von Heckler und Koch erworben hatte, versehen mit den Ermahnungen eines Verkäufers, die Waffe nur verdeckt und im Verkaufskarton in der Öffentlichkeit zu führen. Immer wieder sorgen solche Vorfälle dafür, dass nach einem Verbot von sogenannten Anscheinswaffen gerufen wird.

santen in Todesangst versetzt, sondern sich selbst unbewusst in Lebensgefahr gebracht. Für die eingesetzten Polizeibeamten war es nicht ersichtlich, dass es sich um ein Imitat handelte. Sie mussten daher von einer erheblichen Gefahr für Leib und Leben ausgehen und hätten somit auch die Dienstwaffe einsetzen können, wenn der Jugendliche die Waffe auf sie gerichtet hätte. Den Jungen erwartet nun eine Ordnungswidrigkeitenanzeige wegen des Führens einer Anscheinswaffe. Für die Reisenden bestand indes zu keiner Zeit eine konkrete Gefährdung.

Bis zur Sicherstellung der Waffe auf dem Bahnsteig konnten die Beamten, unter denen sich qualifizierte Schießtrainer befanden, nicht

zweifelsfrei feststellen, dass es sich lediglich um ein Imitat handelte. Durch sein unüberlegtes Handeln hatte der Jugendliche nicht nur harmlose Pas-

Eindruck von Kriegswaffen

Unter Anscheinswaffen waren bis 2003 alle Waffen erfasst, die den Ein-



Interview mit TV-Sender Sat.1: GdP-Vize Jörg Radek sieht sich einem beeindruckenden Anscheinswaffen-Arsenal gegenüber. Foto: Zielasko





Die Maschinenpistole MP 5, Original und Imitat (Anscheinswaffe). Foto: Wolfgang Dicke

druck einer vollautomatischen Kriegswaffe hervorrufen. Ihr Besitz war verboten. Erlaubt war allerdings der Besitz sogenannter Teilesätze, also genau diese Waffen in die Einzelteile zerlegt, wobei die wesentlichen Teile (Lauf, Verschluss, gegebenenfalls auch das Abzugssystem) dauerhaft unbrauchbar gemacht sein mussten. Im Waffengesetz 2003 war der Verbotstatbestand nicht mehr enthalten, nicht zuletzt weil das Bundeskriminalamt (BKA) bei den Gesetzesberatungen so gut wie keine Fälle eines kriminellen Missbrauchs anführen konnte.

Besitzer der Teilesätze konnten nun ihre unbrauchbar gemachten ehemaligen Kriegswaffen zusammensetzen. Anbieter durften zudem derlei unbrauchbar gemachte Kriegswaffen an Personen über 18 Jahren frei verkaufen.

Weg frei für Importeure

Mit dem Wegfall des Anscheinparagrafen war der Weg frei für Importeure solcher Waffen-Imitate – und auch von üblichen Selbstladepistolen –, die meistens aus Asien kamen. Das waren die sogenannten Softair-Waffen, die mittels Federdruck oder elektrisch angetrieben, kleine Plastikkügelchen verschießen konnten. Die Mündungs-

energie lag stets deutlich unter der frei verkäuflicher Luftgewehre.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hatte ab 2004 eine regelrechte Kampagne gestartet, um das Führen der Imitate in der Öffentlichkeit zu verbieten. Es dauerte Monate, bis bei Medien oder Politik überhaupt jemand Interesse an dem Thema fand. Nur mühsam

gelang es der GdP, den Gesetzgeber zum Traben zu bringen. Das Ergebnis: Seit 2008 ist das Führen solcher Waffen in der Öffentlichkeit gemäß Paragraph 42 a Waffengesetz (WaffG) verboten.

Waffen für den Sport

Die Waffenindustrie hat für den zivilen Markt Gewehre entwickelt, die äußerlich Sturmgewehren ähneln, aber „nur“ Halbautomaten sind. Mit diesen Waffen, die anders als ihre militärischen Ahnen mit Matchläufen ausgerüstet sind, werden heute sportliche Wettbewerbe (100 Meter) geschossen; die Disziplinen sind vom Bundesverwaltungsamt offiziell genehmigt. Für ein einigermaßen präzises Gewehr dieser Art kommen schnell rund 2.000 Euro zusammen, mit einem entsprechenden Zielfernrohr darauf – für die Disziplin notwendig – kommt man schnell auf 4.000 bis 5.000 Euro, abgesehen davon, dass man für den Erwerb eine waffenrechtliche Erlaubnis haben muss. Seit dem schrecklichen Vorfall in Norwegen haben sich die Grünen auf solche Gewehre eingeschossen, obwohl in dem betroffenen Land selbst bis heute diese Gewehre zulässig sind.

Dabei wird übersehen, dass hier ein gefährlicher Irrweg eingeschlagen wird. Verbotsnorm soll nämlich das Aussehen und nicht eine wie immer geartete Gefährlichkeit sein. Wie un-



Die Polizeipistole Walther P99 jeweils als Original und als Imitat. Foto: Wolfgang Dicke



sinnig das ist, belegt ein Beispiel: der amerikanische Hersteller Ruger bietet seit längerem ein Gewehr an, dessen Schäftung man in Minutenschnelle wechseln kann – vom Jagdschaft zum Militärschaft oder zurück. Die Waffe selbst ist also unverändert, nämlich ein Halbautomat. Wieso soll das Stück mit jagdlicher Schäftung ungefährlicher sein als mit Militär-ähnlicher Schäftung?

Verbot nicht durchsetzbar

Ein Verbot solcher Anscheinswaffen ist faktisch nicht durchsetzbar. Nur bei den registrierten Waffen gibt es über die gesetzliche Registrierung überhaupt einen Ansatz, ein solches Verbot durchzusetzen – wenn man von verfassungsrechtlichen Aspekten des Grundrechts auf Eigentum einmal absieht. Bei den anderen Gruppen gibt es keinerlei Möglichkeiten, den privaten Besitz zu prüfen und dann zu verbieten. Die GdP erfuhr von Importeuren von Softair-Waffen, dass seit 2003 zig Millionen Stück in Deutschland verkauft worden sind, die auch in Kinderzimmern herumliegen. Selbst wenn der Gesetzgeber eine solche Verbotsnorm beschließen würde, stünde er vor einem millionenfachen Verbotsirrtum, weil sich der normale Bürger überhaupt nicht für waffenrechtliche Änderungen interessiert, die ihn aus heiterem Himmel auf einmal betreffen. Soll also die Polizei wirklich Razzien in Kinderzimmern machen?

Bündnis 90/Die Grünen wollten in ihrem Antrag Waffen verbieten, die für Laien wie Kriegswaffen aussehen. Aber ein Blick ins Grundgesetz klärt auch hier die Lage: eine solche Norm würde gegen das Bestimmtheitsgebot verstoßen. Das verlangt, dass der Bürger ohne Schwierigkeiten zwischen „erlaubt“ und „verboten“ unterscheiden können muss.

Die Verwechslungsgefahr hat Geschichte. Die US-Army hatte im Koreakrieg eine Maschinenpistole, die M3. Im Jargon der GI's hieß die Waffe nur „Grease Gun“, also Fettspritze, weil sie exakt so aussah wie das Gerät, mit dem man damals noch die Schmiernippel beispielsweise bei Autos abschmierte. Also: Eine verfassungsrechtlich saubere Definition, was eine Anscheinswaffe ist, und damit ein vielleicht wünschenswertes Verbot, sind nicht möglich.

Wolfgang Dicke / Rüdiger Holecek

GdP-Chef thematisiert privaten Waffenbesitz in „Süddeutscher Zeitung“

Von Oliver Malchow,
Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Privater Waffenbesitz in Deutschland: Ja oder Nein? Dies ist eine medial oder politisch zugespitzte Frage, die man nicht mit Ja oder Nein beantworten kann. Fragt man einen Polizisten, der nachts einem bewaffneten Straftäter gegenüberstand, dann würde dieser Polizist nach seinem Einsatz ziemlich sicher sagen: Waffen gehören nicht in private Hände. Fragt man einen anderen Polizisten, der in seiner Freizeit Jugendwart in einem Sportschützenverein auf dem Land ist, dann würde dieser Kollege ziemlich sicher sagen: Beim privaten Waffenbesitz kommt es darauf an, dass der Waffenträger gut ausgebildet ist und verantwortungsvoll handelt.



Foto: GdP/Immel

Wer sich mit dem privaten Waffenbesitz seriös auseinandersetzen will, darf die Realität nicht ausblenden. Durch die Schaffung des nationalen Waffenregisters gibt es erstmals eine einigermaßen verlässliche Zahl über die Anzahl der Schusswaffen im Privatbesitz. Während man früher von rund 10 Millionen Waffen ausging, muss diese Zahl auf 5,5 Millionen registrierter Waffen bei 1,4 Millionen legalen Waffenbesitzern

reduziert werden. Kriminalstatistisch betrachtet, geht von legalen Waffenbesitzern so gut wie keine Gefahr des Waffenmissbrauchs aus. So wurden im Jahr 2011 448 Waffen an Tatorten im Zusammenhang mit Straftaten sichergestellt. Der Anteil der erlaubnispflichtigen Schusswaffen betrug dabei rund 30 Prozent. Unter diesen sichergestellten Waffen waren jedoch nur rund 4 Prozent im legalen Besitz, das heißt, der ganz überwiegende Teil von sichergestellten



Sicher leben

Das Präventionsportal **PolizeiDeinPartner.de** bietet allen Bürgern, Unternehmen, Institutionen und Behörden die Möglichkeit, sich online über einzelne Themenbereiche der kriminalpolizeilichen Prävention umfassend zu informieren.



Breit gefächerte Themengebiete, z. B.:

- Diebstahl und Betrug
- Gewalt und Missbrauch
- Internet und Mobilfunk
- Sicheres Gebäude
- Verkehrserziehung und -sicherheit
- Zivilcourage



Zielgruppenorientierte Gliederung:

- Autofahrer und ÖPNV-Nutzer
- Gewerbetreibende
- Kinder und Jugendliche
- Eltern, Lehrer und Erzieher
- Mieter und Eigentümer
- Urlauber

Und viele mehr.

Umfangreicher Zusatz-Service:

- Viele nützliche Links und Downloads
- Monatlicher Newsletter
- Kriminalpolizeiliche Beratungsstellen
- Bußgeldrechner

www.PolizeiDeinPartner.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

POLIZEI
DEIN PARTNER

Das Präventionsportal

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



Forststraße 3a, 40721 Hilden

Telefon 0211/7104-0, Telefax 0211/7104-174

av@vdpolizei.de, www.vdpolizei.de

Waffen, die bei Straftaten verwendet wurden, waren illegale Waffen.

Zur realistischen Betrachtung der Waffenbesitzproblematik gehört aber auch die Feststellung, dass besonders die Öffentlichkeit erschütternde Straftaten, wie Amokläufe, immer wieder mit Waffen aus legalem Besitz verübt werden. Deshalb fordern nicht wenige Politiker und Organisationen vor allem unter Hinweis auf die Amokläufe mit legalen Waffen, dass diese Straftaten zu verhindern gewesen wären, wenn keine Privatperson in Deutschland eine Schusswaffe besitzen dürfte.

Die Gewerkschaft der Polizei hat als größte Berufsvertretung der Polizeibeschäftigten in Deutschland die Bedenken gegen den privaten Waffenbesitz immer ernst genommen, unter anderem auch deshalb, weil meine Kolleginnen und Kollegen in Verrichtung ihres Dienstes in den Lauf einer Waffe blicken könnten und dann unter Einsatz ihres Lebens versuchen werden, einen bewaffneten Straftäter unschädlich zu machen. Da wir Polizistinnen und Polizisten selbst eine Waffe tragen und im Umgang mit der Waffe ausgebildet und trainiert sind, wissen wir genau, welch tödliches Potential eine Schusswaffe hat.

In der Debatte über den Waffenbesitz respektieren wir aber auch die kulturelle Tradition des Schießsports, weil wir wissen, dass der Schießsport, insbesondere in der Jugendarbeit, eine wichtige Funktion hat und weil wir einschätzen können, dass sowohl Sportschützen als auch Jäger ganz überwiegend sehr verantwortungsbewusst mit dem gefährlichen Gegenstand Schusswaffe umgehen. Die GdP hat sich aus diesem Grund auch immer für eine noch praxisnähere Regelung zur sicheren Aufbewahrung von Schusswaffen in privaten Wohnungen eingesetzt. Eine zentrale Aufbewahrung von Schusswaffen, so in Vereinsheimen oder sogar in Polizeidienststellen, wie manche dies fordern, lehnen wir ab, weil wir keinem Straftäter die Möglichkeit geben wollen, durch einen Einbruch in ein Vereinsheim an Hunderte von Waffen und Dutzenden von Munitionspaketen zu gelangen.

Die Gewerkschaft der Polizei ist für eine sichere Verwahrung der Schusswaffen und bekennt sich deshalb auch dazu, dass diese Verwahrung in den Privatwohnungen durch die lokalen Waffenbehörden kontrolliert werden muss. Wir wissen, dass es nicht wenige Waffenbesitzer gibt, denen diese an-

lasslosen Kontrollen ein Dorn im Auge sind. Dem entgegenen wir, indem wir betonen, dass nur durch eine mögliche Kontrolle die Ernsthaftigkeit zur Pflicht der sicheren Aufbewahrung verdeutlicht wird. Allerdings kritisieren wir Länder und Kommunen, weil die Anzahl der Kontrolleure viel zu gering ist.

Wir respektieren als Gewerkschaft der Polizei selbstverständlich die gesellschaftliche Debatte über privaten

Landesregierungen und das Bundesinnenministerium sind es unseren Kolleginnen und Kollegen schuldig, dass aus dem Sammelsurium von 500 Waffenbehörden und deren Datenbeständen ein bundesweites Register geschaffen wird, was uns in die Lage versetzt, zum Beispiel bei einem Einsatz zu einer bestimmten Wohnung mit wenigen Mausklicks zu erfahren, ob in dieser Wohnung eine legale Waffe aufbewahrt



Die Debatte um den privaten Waffenbesitz wird weitergehen – auch angesichts solcher Imitate

Foto: Wolfgang Dicke

Waffenbesitz, die vor allem dann aufflammt, wenn es zu den entsetzlichen Amokläufen kommt, bei denen legale Waffen im Spiel sind. Gleichwohl weisen wir immer wieder darauf hin, dass für die Polizei der illegale Waffenbesitz die größere Herausforderung und die gefährlichere Situation darstellt. Den Erkenntnissen des Bundeskriminalamts zufolge ist die Anzahl der Tatverdächtigen bei Verstößen gegen das Waffengesetz mit rund 33.511 Personen leicht rückläufig. Im Jahr 2011 sind rund 6.000 Fälle registriert worden, bei denen auf Personen oder Sachen geschossen wurden, an jedem Tag des Jahres wird also 15 Mal irgendwo in Deutschland polizeilich registriert illegal mit einer Waffe geschossen. Für meine Kolleginnen und Kollegen bedeuten diese Zahlen, dass ihnen jederzeit bewusst ist, dass sie im Einsatz mit einer Schusswaffe bedroht oder beschossen werden könnten.

Nicht nur aus diesen Gründen halten wir ein Nationales Waffenregister für richtig, wenn wir auch die Umsetzung dieses Vorhabens scharf kritisieren. Die

wird. Diese Erkenntnis schützt meine Kolleginnen und Kollegen natürlich nicht vor der Gefahr der illegalen Waffe, aber sie ist ein kleiner Baustein im Sinne des Arbeitsschutzes.

So lange es Waffen gibt, werden sie benutzt werden. Eine Welt ohne Waffen mag wünschenswert sein, aber dieser Wunsch wird nicht in Erfüllung gehen. Die Gewerkschaft der Polizei will nicht den Jägern ihre Waffe nehmen und auch nicht dem Sportschützen den Sport verbieten. Wir wollen einen sicheren Umgang mit Schusswaffen und wir wollen vor allem eine so gut ausgestattete Polizei haben, die effektiv der Waffenkriminalität entgegentreten kann.

Dieses Statement des GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow erschien im September 2013 exklusiv in der bundesweit verbreiteten „Süddeutschen Zeitung (SZ)“. Die Redaktion DEUTSCHE POLIZEI dankt der SZ für die freundliche Genehmigung zum Abdruck des Artikels.



ADVOCARD
ANWALTS LIEBLING



**BESONDERS
GÜNSTIG FÜR
GdP-MITGLIEDER!**

ALLES AUF EINER KARTE

MAXIMALE SICHERHEIT MIT ADVOCARD

Alle 4 Sekunden passiert in Deutschland ein Rechtsschutzfall. Ob im Straßenverkehr oder privat zu Hause. Besser Sie sind da abgesichert. Mit ADVOCARD haben Sie jederzeit einen Top-Anwalt an Ihrer Seite. Und wir übernehmen die Anwalts- und Gerichtskosten für Sie.

Jetzt informieren bei der OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH, Abteilung Versicherungen, Frau Diana Lühr, Forststraße 3a, 40721 Hilden, 0211 7104272, Diana.Luehr@gdp.de

Ein Unternehmen der  **GENERALI
DEUTSCHLAND**



DocStop – gelungenes Duett im Arbeits- und Gesundheitsschutz

Rainer Bernickel, rast- und ruheloser Polizist i.R. aus Münster, dort einst in aktiven Zeiten als Schutzmann im Verkehrsdienst, mit Haut und Haar der Straßenverkehrssicherheit verschworen, genauer gesagt, dem Teilbereich Lkw-Verkehr, wurde auf dem Arbeitsschutzkongress der A+A 2013 mit einem der selten vergebenen Sonderpreise für seine Idee, man könnte fast schon sagen, für sein Lebenswerk ausgezeichnet. Es nennt sich „DocStop“ und ist an sich eine geniale Idee.

Aber der Reihe nach. Nach der Ära der Trucker-Romantik in den frühen 80ern, die den Wilden Westen frei nach der Gruppe Truck Stop hinter Hamburg, „in einem Studio in Maschen gleich bei der Autobahn“ anfangen ließ, wissen wir heute, dass die Arbeitsbedingungen unserer modernen Trucker, egal, wer sie sind und woher sie der Wind in die heutigen High-Tech-Führerhäuser dieser Monstermaschinen verschlagen hat, in den meisten Fällen eher moderner Sklavenhalterei in vier Quadratmeter großen Zellen entspricht, als menschengerechter Arbeit. Von einem fairen und leistungsgerechten Lohn ganz zu schweigen.

Die Situation ist meist geprägt von Entfremdung, armseligstem Abarbeiten des eigenen Lebens unter unerträglichen sozialen und insbesondere seelischen Bedingungen; von einem Leben zwischen Lade- und Entlade-stelle, überwacht von GPS-Satelliten und gepuscht von willfährigen Disponenten, die ihrerseits unter vergleichbarem Druck unseliger Unternehmer stehen, die – wie in vielen anderen Branchen unserer Wirtschaft auch – nur in Kategorien von Gewinnmaximierung und Kostenminimierung denken.

Schlimmer noch. Was passiert, wenn so einem armen Kerl auf dem Weg von Gdingen nach Marseille, sagen wir kurz hinter Lörrach, die Zahnfüllung herausfällt und er seinen Weg vor lauter Schmerzen – trotz einiger dutzend Paletten polnischen Wodkas hinter sich – nicht fortsetzen kann (und nach Einnahme einer gewissen Dosis dieser Medizin auch nicht dürfte)?

Egal, ob der Zahnersatz fehlt, die Arthrose ein sicheres Festhalten des Lenkrads verhindert, die Augenentzündung das Sehvermögen unter einen akzeptablen Wert senkt, oder, oder, oder – jetzt kommt Rainer Bernickel,

oder genauer gesagt, seine Idee zum Tragen. Nämlich der „DocStop“.

Hinter diesem Namen, der eigentlich schon einiges erahnen lässt, steckt die clevere Idee, gewisse medizinische Dienstleistungen gewissen Beschäftigtengruppen, genauer gesagt auch mobilen Patienten, anzubieten. Mit anderen Worten: Der Doktor liegt un-

kann der „Schaden“ kurzfristig behoben werden, vereinbaren Patient und die angerufene Zentrale den Besuch in einer nahe gelegenen Arztpraxis. Bei einem größeren Problem ist das nächste geeignete Krankenhaus das Ziel oder es erfolgt die Empfehlung, die 112 anzurufen. Der Fahrer wird mit dem Telefonkontakt und einer Wegbeschreibung ausgestattet. Dabei wird berücksichtigt, dass der Trucker sein Gefährt auch an einem geeigneten Parkplatz abstellen muss und keine allzu langen Wartezeiten erdulden kann.

Das Schöne bei der Sache: Für den Fahrer ist die Information zur medizinischen Hilfeleistung kostenlos und die Behandlung wird wie ein Arztbesuch abgerechnet. Aktuell sind bundesweit über 700 Mediziner, Kliniken und Krankenhäuser in dem registrierten System. Finanziert wird diese Dienstleistung durch Spenden und Fördermitgliedschaften aus der Industrie. Hilfe gibt es zudem von vielen weiteren Unterstützern, die überwiegend aus



Rainer Bernickel (links) und der Vorsitzende des Vereins DocStop e.V. Joachim Fehrenkötter nach der Preisverleihung auf der A+A 2013.

Foto: Marker

mittelbar neben der Fahrtroute. Dieser Arztbesuch unterscheidet sich nicht wesentlich von dem, den der geflüssentliche Leser kennt. Mit Ausnahme der Organisation des Besuchs.

Der Patient ruft per Telefon die Hotline einer bundesweit einheitlichen Servicenummer, die der Kooperationspartner des TruckServices rund um die Uhr besetzt hat, und schildert dort gegebenenfalls in zahlreichen europäischen Sprachen sein Problem. Ist es medizinisch klar diagnostizierbar und

humanitären Gründen hinter der Idee stehen.

Von den Leistungen des 2007 gegründeten Vereins zehren monatlich etwa 400 Personen, mit deutlich steigender Tendenz. Abschließend möchte ich nicht vergessen, dem Kollegen, mit dem der Autor die Ehre hatte, auf einem anderem verkehrsrechtlichen Gebiet zusammenarbeiten zu dürfen, einfach mal zuzurufen: Danke Rainer!

hjm



Schatzi, schick mir 'n paar Scheine ...

Mit einer ausgeklügelten Masche betören Internetkriminelle die Herzen gefühlsbetonter Menschen und zocken sie dann eiskalt ab. Vor allem auf allein lebende, finanziell gut gestellte Männer und Frauen haben sie es abgesehen. Das Alter spielt übrigens keine Rolle. Beim sogenannten Romance-Scamming, so warnt das „Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes“ (ProPK), suchen Betrügerinnen und Betrüger über das Netz Kontakt zu Personen und täuschen ihnen über die Zeit eine Liebesbeziehung vor. In Wahrheit erschleichen sie sich nur das Vertrauen ihrer Opfer, um sie am Ende zu Geldzahlungen zu bewegen. Nach Angaben der ProPK ist es in Einzelfällen unlängst auch zu Erpressungsdelikten gekommen. So waren Opfer zu einem Besuch ihrer Liebsten nach Afrika eingeladen worden und tappten dann in die Falle ...

die Geschädigten wieder freigelassen.

Bei Verdacht Gang zur Polizei unverzichtbar

„Die aktuellen Entwicklungen beim Romance-Scamming zeigen, dass die Bevölkerung noch mehr als bisher über diese Betrugsform informiert werden muss“, sagt Gerhard Klotter, ProPK-Vorsitzender. Stehe der Verdacht auf eine Straftat im Raum, sei der Gang zur Polizei unverzichtbar. Klotter: „Wir verstehen, dass sich viele Menschen davor scheuen, sich in einer solch

Hin Romance-Scam beginnt den polizeilichen Präventionsexperten zufolge harmlos und endet fast immer in einer persönlichen Tragödie. Über eine Mail oder eine Kontaktanfrage in einem sozialen Netzwerk stellen die Betrüger den ersten Kontakt zu ihrem Opfer her. In der Folge erlangen sie das Vertrauen ihrer Internetbekanntschaft. Dass es den dreisten Tätern nur um das Geld der angeblich Geliebten geht, verstecken sie hinter geheuchelten Liebesschwüren.

Das Ende vom bösen Liebeslied: „Viele Opfer zahlen, denn sie schöpfen in der Regel kaum Verdacht“, erläutert die ProPK in einer Pressemeldung.

Flehentlicher Hilferuf nach Barem

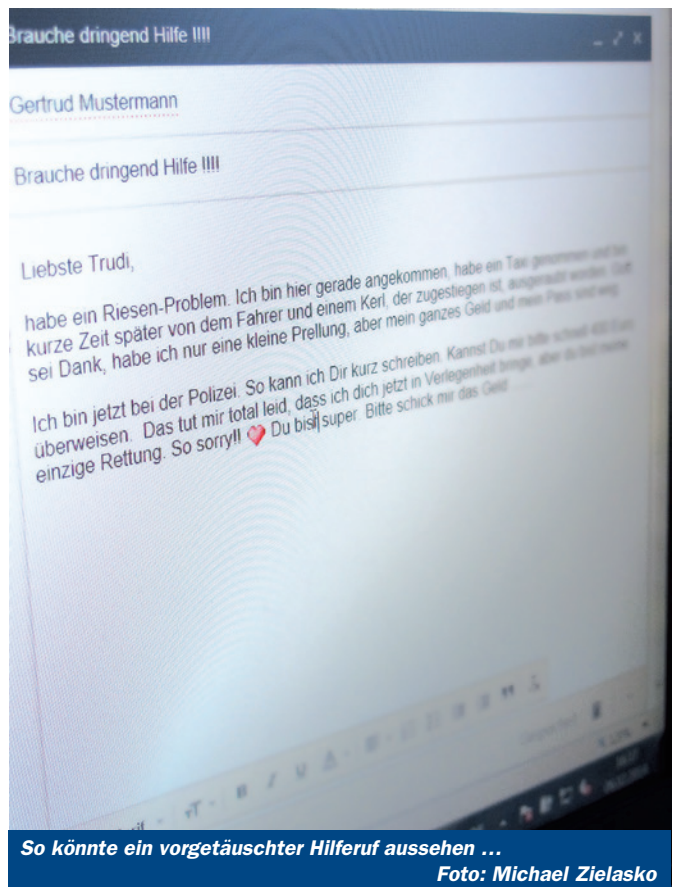
Der Betrüger-Trick bestehe im Wesentlichen darin, sich im Leben ihrer Zielpersonen unverzichtbar zu machen. Und das ohne ein einziges persönliches Treffen. Wenig überraschend ist, dass Lebensläufe sowie berufliche Werdegänge frei erfunden und die zugesandten Fotos häufig gestohlen seien. Das Abkassieren beginnt zumeist mit der erlogenen Nachricht, aus beruflichen Gründen nach Afrika reisen zu müssen. Dort geraten die Angeboteten plötzlich in Schwierigkeiten. Die Täter berichten den besorgten Partnern über gestohlene oder eingezogene Pässe, Raubüberfälle oder Krankenhausaufenthalte nach einem Autounfall. Pass weg, Geldbörse und Kreditkarten geklaut, ans Bett gefesselt, was tun? Natürlich reagieren die Opfer ohne langes Überlegen auf die flehentliche Bitte um etwas

finanzielle Unterstützung und willigen schnell ein, per Bargeldtransfer Geld zu übersenden.

Fünfstellige Summen

Als „besonders gravierend“ bezeichnet ProPK eine Variante des Romance-Scamming, bei der deutsche Männer hierzulande über das Internet eine vorge-täuschte Liebesbeziehung mit einer senegalesischen Frau geführt hatten und dazu eingeladen wurden, die Frau in ihrer afrikanischen Heimat zu besuchen.

ProPK: „Vor Ort trafen die Männer ihre vermeintliche Liebenschaft tatsächlich, wurden dann aber in eine verfängliche Situation gebracht. Ein angeblicher Ehemann und weitere Personen beschuldigten das angeeiste Opfer des Ehebruchs, schlugen es und forderten eine Geldzahlung zur Wiedergutmachung.“ Erst nach Zahlung von bis zu fünfstelligen Summen durch die Angehörigen der Opfer wurden



sensiblen Angelegenheit der Polizei anzuvertrauen, aber nur so können wir Täter und Täterinnen konsequent verfolgen.“

MiZI

QR-Code:
Weitere ProPK-
Informationen
zum Scamming



Termine, Termine ...

Nicht nur im Bundesvorstand laufen die Vorbereitungen auf den diesjährigen Bundeskongress auf Hochtouren. Auch die Personengruppen und zahlreiche Landesbezirke und Bezirke wirbeln kräftig, denn auf den anstehenden Delegiertentagen werden Vorstände gewählt und gewerkschaftspolitische Weichen für die kommenden vier Jahre gestellt. Während noch in diesem Monat Senioren und Frauen ihre Gewerkschaftstage bestreiten, haben die Brandenburger ihre Beratungen schon beendet. Die Kolleginnen und Kollegen trafen sich am 21. und 22. Februar (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) in der märkischen Metropole Potsdam. Ebenfalls noch im März halten die Landesbezirke Thüringen in Friedrichroda,

das Saarland in Püttlingen, die Bremer Kolleginnen und Kollegen in der Hansestadt und der Bezirk Bundespolizei in Potsdam ihre Gewerkschaftstage ab.

Im April geht es dann weiter mit den Nordrhein-Westfalen in Dortmund, den Berlinern in der Hauptstadt sowie der hessischen GdP in Marburg. Unter dem Motto „Wir sind unserer Zukunft!“ trifft sich zudem die JUNGE GRUPPE (GdP) in Potsdam (**Hinweis d. Red.: siehe Kommentar der Bundesjugendvorsitzenden Sabrina Kunz auf Seite 39**)

Der Bezirk Bundeskriminalamt (BKA) trifft sich im Mai in der Bundeshauptstadt, der Landesbezirk Hamburg im Juni an der Elbe, die Rheinland-Pfälzer im September am

Flughafen Hahn und zu guter Letzt die Kolleginnen und Kollegen der GdP Sachsen-Anhalt im Oktober in Halle.

DEUTSCHE POLIZEI wird regelmäßig über den Verlauf und wichtige Entscheidungen der Gewerkschaftstage berichten. **MiZi**

Thüringen 20./21.3. Friedrichroda
 Bundespolizei 25.-27.3. Potsdam
 Saarland 26./27.3. Püttlingen
 Bremen 27./28.3. Bremen
 Bundesjugendkonferenz
 6. - 8.4. Potsdam
 NRW 1.-3.4. Dortmund
 Berlin 2./3.4. Berlin
 Hessen 8.-10.4. Marburg
 BKA 7./8.5. Berlin
 Hamburg 3./4.6. Hamburg
 Rheinland-Pfalz 10.-12.9.
 Flughafen Hahn
 Sachsen-Anhalt 9./10.10. Halle

TIPP

Offenes Motorradtreffen für Biker von Polizei, Justiz und Zoll und Angehörige bei Göttingen

Zum wiederholten Mal findet in der Nähe von Göttingen ein Motorradtreffen für Biker statt. Als Termin ist der 8. bis 10. August 2014 vorgesehen. Die Unterbringung erfolgt im Landgasthof Zur Linde, in Einzel- und Doppelzimmern mit Halbpension.

Geplant sind Benzingespräche, Erfahrungsaustausch und gemütliches Beisammensein. Ausfahrten soll es geben ins Weserbergland Hameln,

Motorradmuseum, Bad Pyrmont, Emmersee, Köterberg, Heiligenstadt, Grenzmuseum, Hohe Meissner, Harz, Edersee, Melsungen, und Hann. Münden.

Die Veranstaltung findet in Zusammenarbeit mit den Blue Knights (motorradfahrende Polizeibeamten) und der International Police Association (IPA) statt. Anmeldeschluss ist der 1. Juli.

Anfallende Gewinne werden dem Kinderheim in Reinhardshagen gespendet.

Zur Erinnerung wird ein Pin überreicht. Anmeldungen und weitere Infos unter **E-Mail: Detlef.schoene@polizei.hessen.de** und **deteleschoene@freenet.de** **Telefon: 0160 - 66 545 14**

Über eine rege Teilnahme würde sich das Organisationsteam sehr freuen.

Detlef Schöne

TAUSCHBÖRSEN

Internationale Tausch- und Sammlerbörse für Uniformteile

Die nächste internationale Tausch- und Sammlerbörse für Uniformteile ist am Sonntag, 30. März, in Berlin. Interessenten finden sich in der Zeit von 9 bis 14 Uhr in der Ruppiner Chaussee 268, im Polizeigästehaus ein (**www.polizeigaestehaus-der-polizei.de**). Ausreichend Parkplätze sind vorhanden. Eine weitere Veranstaltung ist für den 12. Oktober geplant.

Anmeldung: Andreas Skala, Tel.: 03302-228840, E-Mail: g.a.skala@t-online.de

Andreas Skala

Tauschtreffen Polizei/Feuerwehr bei Kassel

Liebhaber von Polizei- und Feuerwehrsachen sollten sich den Termin vormerken: Das nächste Tauschtreffen Polizei/Feuerwehr ist für Sonntag, den 26. Oktober, in Fritzlar bei Kassel geplant. In der Zeit von 8 bis 15 Uhr können sich dort alle Interessenten im Hardehäuser Hof, Kasseler Str. 22, einfinden. Das Parkdeck Jordan (P) ist über die Anfahrt Jordanstraße erreichbar. Günstige Tische und Gastronomie stehen bereit. **Anmeldungen unter: Klaus Werner 01577-3264374, Detlef Schöne 0160-66 545 14 und Hartmut Hucke 0173-887 43 40.**

Detlef Schöne





JUNGE GRUPPE

Wir wollen, dass was passiert!

3-Stunden Rennen
plus Qualifying
in Limburg – Eine
der größten Indoor
Kartbahnen
Deutschlands!

Anmeldung erforderlich!
Nähere Informationen zum
Rennen und das Anmelde-
formular findet ihr auf der
Homepage. Ausrichter sind
die Landesjugendvorstände
der JUNGEN GRUPPE (GdP).

Anfragen an den Renn-
koordinator bitte unter:
Kart@Hunter-Racing.de



Nähere Informationen zum Rennen und zur Anmeldung unter www.gdpjg.de





Wir sind unsere Zukunft

Ein Kommentar von Sabrina Kunz zur Zukunft und gemeinsamen Verantwortung

Die Gewerkschaft der Polizei ist eine Organisation mit viel Tradition und großen Erfolgen. Sie ist weitaus mehr als der Experte für Fragen zur inneren Sicherheit. Sie ist der kompetente Ansprechpartner zu allen beamten- und tarifrechtlichen Fragen. Sie liefert Lösungen für sozialpolitische und gesellschaftspolitische Problemstellungen und ist mit ihren 174.000 Mitgliedern die mit Abstand weltweit größte nationale Polizeigewerkschaft.



Sabrina Kunz, Bundesjugendvorsitzende
Foto: JUNGE GRUPPE (GdP)

Als bundesweite Solidargemeinschaft tritt sie für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aller in der Polizei Beschäftigten ein. Sie ist ein starker und verlässlicher Partner und vertritt die Interessen aller Beschäftigten der Polizei, ganz gleich ob Jung oder Alt, Beamter oder Tarifbeschäftigter, Angehöriger der Schutz-, Kriminal-, Wasserschutz- oder Bereitschaftspolizei, mit starker Stimme und scharfem Verstand. Die GdP hat in der Vergangenheit hinlänglich bewiesen, dass sie die Fähigkeiten besitzt,

Herausforderungen anzunehmen und zu meistern. Eine Organisation mit über 60 Jahren Gewerkschaftserfahrung, die mehr als die Hälfte aller Polizeibeschäftigten hinter sich vereint, besitzt die besten Voraussetzungen, um ihren Ansprüchen gerecht zu werden.

Aber auch eine erfolgreiche und etablierte Gewerkschaft, die ihren berechtigten Platz in der Gesellschaft gefunden hat, darf sich nicht auf dem Erreichten ausruhen. Menschen und Gesellschaften verändern sich und Gewerkschaften sind gut beraten, das ebenfalls regelmäßig zu tun.

„Wir sind unsere Zukunft“, so lautet das Motto der diesjährigen 14. Bundesjugendkonferenz. Auch wenn es hier im direkten Zusammenhang mit dem Organisationsnachwuchs steht, gilt es gleichermaßen für die gesamte Organisation. Nicht wenige der zurzeit noch jungen Aktiven werden in naher Zukunft in die Fußstapfen der gegenwärtig in Verantwortung stehenden Funktionäre treten. Sie sind ein wichtiger Teil unserer Zukunft und verdienen folgerichtig ein besonderes Augenmerk.

Aber bei aller Empathie für die aktiven Jungfunktionäre ist es weiterhin das Gemeinsame, das Einheitliche, das uns stark macht. Es ist nicht die eine Generation, die unsere Zukunft gestaltet. Es sind genauso die Generationen vor und nach uns, die diese verantwortungsvolle Aufgabe zu Teil wird. Nur wenn wir auch zukünftig alle zusammen Verantwortung für die Organisation übernehmen und dafür Sorge tragen, dass die GdP auch in den kommenden Jahrzehnten der starke Partner an der Seite der Kolleginnen und Kollegen bleibt, können wir gemeinsam gewinnen. Es ist der Grundgedanke einer starken Einheit, der unsere Gründungsväter vor mehr als 60 Jahren leiten ließ und den es zu erhalten gilt.

„Wir sind unsere Zukunft“ ist viel mehr als das Motto der 14. Bundesjugendkonferenz. Es betrifft uns alle und richtet sich an diejenigen, die bereits Verantwortung tragen und zukünftig Verantwortung übernehmen wollen. Wir sollten uns von diesem Motto leiten lassen und es gleichzeitig als warnenden Hinweis verstehen, insbesondere

re dann, wenn wir Gefahr laufen, unsere Grundsätze zu vernachlässigen. Bei allen Entscheidungen, die wir treffen, dürfen wir das große Ganze nicht aus den Augen verlieren.

Sollten wir das berücksichtigen, bin ich auch weiterhin davon überzeugt, dass die Gewerkschaft der Polizei auch in Zukunft



DIE Gewerkschaft der Polizei sein wird. Dafür lohnt es sich, Verantwortung zu übernehmen.

Nach über zehn Jahren jugendpolitischer Arbeit übernehme ich ein letztes Mal Verantwortung, indem ich mich dazu entschieden habe, das Amt der Bundesjugendvorsitzende von der „Seniorin“ zu befreien und den Jüngsten unter die uns die Chance zu geben, ihre Zukunft ebenso zu gestalten. Ich möchte mich auf diesen Weg bei all denjenigen bedanken, welche die JUNGE GRUPPE (GdP) insbesondere in den vergangenen vier Jahren tatkräftig bei Seite gestanden haben. Allen voran natürlich auch bei den Aktiven von JUNGE GRUPPE (GdP).

IMPRESSUM:
Herausgeber:
Bundesjugendvorstand JUNGE GRUPPE (GdP),
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 105;
Fax: (030) 39 99 21 - 200
www.gdp-junge-gruppe.de
jg@gdp-online.de

V. i. S. d. P.: Sabrina Kunz

Redaktion:
Torsten Rohde, Sabrina Kunz





TV-L Jahrbuch Länder 2014

Für alle Tarifrecht-Interessierten, die es kurz und knackig lieben, ist dieses Werk ein Gewinn. Auf 1.365 Seiten beinhaltet es eine gut verständliche und übersichtliche Kurzkomentierung zum TV-L sowie zum TVÜ-L und verschafft dem Nutzer somit einen guten Überblick über die Hintergründe der tariflichen Regelungen. Neben den kommentierten Texten findet sich ein Rechtsprechungsüberblick, der den Nutzer auf den aktuellsten Stand bringt. Weiterhin befinden sich in dem Jahrbuch die Entgelttabellen 2014, die Entgeltordnung und weitere maßgebliche Tariftexte für den öffentlichen Dienst. Alles in allem eine benutzerfreundliche Kurzkomentierung im „Klein“-Buchformat.



TV-L Jahrbuch Länder 2014, Jörg Effertz, Walhalla Fachverlag, fester Einband, 1.372 Seiten, 22 Euro, ISBN 9-78-3-8029-7938-5

Manipulation an Kraftfahrzeugen

Ein 120 Seiten starker Ratgeber beschäftigt sich mit „Manipulation an Kraftfahrzeugen“. Autor Thomas Bauer war seiner Zeit selbst bei der Verkehrspolizei beschäftigt und hat sich daher ein praxisnahes Wissen über die „Tuning-Szene“ angeeignet. Er befasst sich in dem Buch beispielsweise mit Fragen zu grundsätzlichen Fahrzeugumbauten, der Beweisführung, den Folgemaßnahmen oder aber mit der praktischen Durchführung einer Kontrolle. Dem theoretischen Teil widmet der Autor dem spezifischen Unterpunkt „Beispielen von Mustertexten“ die größte Aufmerksamkeit. Insgesamt betrachtet ist der Ratgeber eher praxisnah ausgerichtet. Ein Schwerpunkt ist dabei die Manipulation.

Vorrangig werden Polizeibeschäftigte angesprochen, die einen Überblick über die Durchführung einer Kontrolle beziehungsweise den eventuell daraus folgenden Maßnahmen erhalten wollen. Dennoch ist es ebenso wichtig für Hobby-Tuner zu erfahren, welche Umbauten zulässig sind und welche Konsequenzen bei Nichteinhaltung der geltenden Vorschriften drohen. Somit hilft das Buch, Veränderungen an Fahrzeugen zu bemerken und richtig zu handeln – dies gilt aus Sicht des kontrollierenden Polizisten und des Fahrzeughalters.

Das Werk bietet eine gute Übersicht und liefert wichtige Informationen zum Thema auf einen Blick. Durch kurzgehaltene Abschnitte, die zudem in Teilen farbig gestaltet sind, ist das Lesen angenehm und bietet gerade für den Praxisgebrauch einen guten Überblick, auf die man schnell zurückgreifen kann. Mit dem Kapitel „Beweisführung“ beginnt der praktische Teil, welcher verstärkt mit einer Vielzahl von Farbfotos gestaltet worden ist.

Zusammenfassend kann man das Buch als durchaus gelungen bezeichnen. Dennoch spricht der Autor überwiegend Polizeibeschäftigte an, da der Inhalt sich häufig mit den richtigen Verfahrensweisen einer Polizeikontrolle befasst. Dies wird gerade bei den Praxis-Tipps, die sich auf einigen Seiten wiederfinden, deutlich. Durch die gut verständliche Ausdrucksweise eignet es sich auch beziehungsweise gerade für Polizeischüler, um Tipps und Tricks in der Praxis anzuwenden. Zusätzliche Seiten für Notizen & Sondereintragen runden das Werk ab und stellen damit einen handlichen aber vor allem nützlichen Helfer im Alltag dar.



Manipulation an Kraftfahrzeugen, Thomas Bauer, KEBA-Verlag, 2011, 120 Seiten, 14,80 Euro, ISBN 9783000345166



Nr. 3 • 63. Jahrgang 2014 •
Fachzeitschrift und Organ der
Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO
zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der
Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten

Deutsche Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon Berlin (030) 399921-0 Fax (030) 399921-200
Internet: www.gdp.de

Chefredakteur/Leiter Abt. Presse:
Rüdiger Holecsek
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,
10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117,
Fax (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdp.polizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36 vom 1. Januar 2014



Druckauflage dieser Ausgabe:
000.000 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887

Titel

Foto und Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld



THEMA BUNDESPOLIZEI



Prüfungswissen Bundespolizeirecht

Grundlagenwissen • Würdigungstechnik • Prüfungsschemata • Klausuren • Lösungen

Von **Marc Wagner**

2. Auflage 2014

Umfang: 184 Seiten / **Format:** 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 19,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0727-7



Die erfolgreiche Bearbeitung von einsatzrechtlichen Prüfungsklausuren fordert nicht erst in der Laufbahnprüfung fundierte Rechtskenntnisse sowie die Beherrschung gutachterlicher Würdigungstechnik als der für die Klausurniederschrift maßgeblichen Darstellungsform. Bereits in „Zwischenetappen“, den Modul- und Zwischenprüfungen, gilt es mindestens das Wissen zu präsentieren, das den Fortgang von Ausbildung und Studium garantiert. Dieses Buch richtet sich an diejenigen Anwärter für die Laufbahnen des mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdiensts in der Bundespolizei, die Prüfungen im Bundespolizei- und Vollstreckungsrecht mit Erfolg absolvieren wollen.

DER AUTOR

Prof. Dr. Marc Wagner, Dozent an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl.

Bundespolizeigesetz

Kommentar

Von **Dietrich Heesen †, Jürgen Hönle, Helgo Martens** und **Andreas Peilert**.

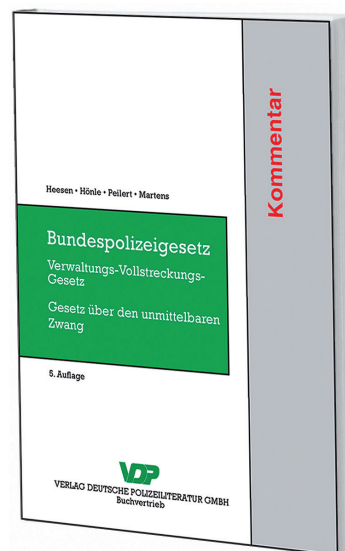
5. Auflage 2012

Umfang: 1496 Seiten

Format: DIN A5 Hardcoverausgabe m. Fadenheftung

Preis: 79,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0590-7



Dieser praxisorientierte Kommentar richtet sich an alle, die mit Fragen des Bundespolizeirechts und des Zwangsrechts des Bundes befasst sind. Folgende Bundesgesetze werden kommentiert:

- Bundespolizeigesetz
- Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz
- Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes.

Zahlreiche Auszüge aus Urteilen erleichtern dem Leser die Einschätzung der einschlägigen Rechtsprechung und damit auch eine praxisnahe Lösung. Zudem wird das rechtliche Verständnis durch anschauliche Beispiele gefördert.

DIE AUTOREN

Jürgen Hönle, Vizepräsident a. D., Grenzschutzpräsidium Ost, Berlin.

Helgo Martens, Polizeioberrat i. d. Bundespolizei.

Prof. Dr. Andreas Peilert, Fachhochschule des Bundes, Lübeck.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseprobe und Bestellmöglichkeit unter: www.VDPolizei.de

NUTZE DIE ZEIT

Wanduhr Sondergestaltung „Polizeiauto“

Quarzuhrwerk

Material: Acryl – Formgestanzt

Größe: ca. 28 cm

inkl. Batterie



(Limitierte Auflage)

25-6003		Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung.
VK-Preis für  Mitglieder	VK-Preis	
25,50 €	31,95 €	



Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -4165
osg.werbemittel@gdp.de • www.osg-werbemittel.de

Weitere Produkte finden Sie unter: www.osg-werbemittel.de, oder fordern Sie unseren kostenlosen OSG-Werbemittelkatalog an.